



DAVA

Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch

**DAVA
LANDESVERBAND
HAMBURG**

WAHLPROGRAMM 2025

Inhalt

1.	Einleitung	5
1.1	Unsere Visionen und Werte.....	5
1.2	Ziel des Wahlprogramms.....	6
2.	Faire Arbeit und soziale Sicherheit	7
2.1	Forderung: Einführung eines Mindestlohns von 15,50 Euro pro Stunde	7
2.2	Forderung: Das Renteneintrittsalter darf nicht erhöht werden!.....	7
2.3	Forderung: Rentenreform zur Sicherung der Mindestrente	8
2.4	Kostenfreier Nahverkehr für Senioren	9
2.5	Ausbildungsplatzgarantie für eine starke Zukunft	10
2.6	Starke Familien – Die Basis für Hamburgs Zukunft	11
2.7	Vielfalt im öffentlichen Dienst – Mehr Migrantinnen und Migranten für Hamburgs Verwaltung.....	12
2.8	Unterstützung für Mütter in den ersten drei Lebensjahren – Hamburg stärkt Familien.....	13
2.9	Kinderwunsch fördern – Hamburg stärkt Familien und unterstützt Lebensentscheidungen.....	14
2.10	Geschlechtsumwandlungen bei Minderjährigen verbieten	15
3.	Wohnen und Lebensqualität in Hamburg	17
3.1	Mietpreisdeckel für bezahlbares Wohnen in Hamburg	17
3.2	Neubauprogramm für Hamburg mit hohem Anteil an Sozialwohnungen	18
3.3	Wohnungsleerstand effektiv verhindern	19
3.4	Erwerb von Wohneigentum in Hamburg fördern.....	19
3.5	Förderung des Wohnungstauschs in Hamburg.....	20
3.6	Wohnungen für Obdachlose in Hamburg	21
3.7	Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in Hamburg	22
3.8	Mobilitätskonzept für alle Verkehrsteilnehmer in Hamburg	23
3.9	Intelligentes Baustellenmanagement für Hamburg	24
3.10	Hamburg als Stadt der Kinder und Familien stärken	25
4.	Bildung, Partizipation und Chancengleichheit	26
4.1	Einführung des anonymen Bewerbungsverfahrens in Hamburg	26
4.2	Bekanntnis zur doppelten Staatsbürgerschaft	27
4.3	Schulausfall effektiv bekämpfen – Für eine verlässliche Bildung in Hamburg	28
4.4	Kostenlose Bildung für alle – Chancengleichheit in Hamburg	28
4.5	Sprachförderung.....	29
4.6	Anerkennung ausländischer Abschlüsse.....	31

4.7	Antidiskriminierung	32
4.8	Keine Diskriminierung und kein Ausschluss wegen einer Kopfbedeckung	34
4.9	Interkulturelle Bildung	35
4.10	Medienkompetenz und digitales Wissen ab der Grundschule – Hamburg fit für die Zukunft machen	36
4.11	Rückkehr zu G9 – Mehr Zeit für eine ganzheitliche Bildung in Hamburg	37
4.12	Abschaffung der Genderschreibweise – Klare und verständliche Sprache für Hamburg	39
4.13	Klassenwiederholungen ermöglichen – Faire Chancen für Hamburgs Schülerinnen und Schüler	40
4.14	Altersgemäße Sexualerziehung – Schutz und Aufklärung statt Frühsexualisierung	41
5.	Wirtschaftsstadt Hamburg – Innovation und Nachhaltigkeit für eine starke Zukunft ..	42
6.	Gesundheitsreform für Hamburg	44
6.1	Flächendeckende medizinische Versorgung in allen Stadtteilen	44
6.2	Attraktive Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen	44
6.3	Gesundheit für Kinder und Jugendliche	44
6.4	Digitalisierung des Hamburger Gesundheitssystems	44
6.5	Nachhaltigkeit im Hamburger Gesundheitswesen	45
7.	Demokratie stärken in Hamburg	45
7.1	Bürgerbeteiligung stärken	45
7.2	Transparenz und Vertrauen fördern	45
7.3	Politische Bildung ausbauen	46
7.4	Teilhabe für alle ermöglichen	46
7.5	Wehrhafte Demokratie fördern	46
7.6	Für eine gerechte und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Polizei und Gesellschaft	47
7.7	Lückenlose Aufarbeitung der NSU-Verbrechen	47
7.8	Für eine Demokratie ohne Geheimdienste: Transparenz statt Intransparenz – Verfassungsschutz durch eine neue Institution ersetzen	48
7.9	Keine Einschränkung der Grundrechte durch Staatsräson	49
7.10	Hamburg als Vorbild für Demokratie	49
8.	Islamfeindlichkeit in Hamburg entschieden bekämpfen und Respekt vor allen Religionen	50
8.1	Staatsvertrag mit muslimischen Gemeinden in Hamburg ausbauen	50
8.2	Richtige und differenzierte Aufklärung über den Islam in Hamburg fördern ...	50
8.3	Räume der Stille in Hamburg einrichten	51

8.4	Schutz von Gotteshäusern in Hamburg gewährleisten	52
8.5	Wiedereröffnung der Blauen Moschee und Schutz der Gotteshäuser vor unangemessenen behördlichen Maßnahmen	52
9.	Migration und Flucht	53
9.1	Migration und Flucht durch Frieden verhindern	53
9.2	Sach- statt Geldleistungen für Geflüchtete – Fairness und Effizienz im Fokus	54
9.3	Nachhaltiges und menschenwürdiges Konzept zur Unterbringung von Geflüchteten in Hamburg	55

1. Einleitung

1.1 Unsere Visionen und Werte

Unsere Gesellschaft steht vor großen Herausforderungen, aber auch vor enormen Chancen. Unser Ziel ist eine gerechte, nachhaltige und zukunftsorientierte Politik, die alle Menschen einbezieht und niemanden zurücklässt. Wir stehen für eine Stadt, die ihre sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Potenziale voll ausschöpft, um Hamburg zu einem lebenswerteren Ort für alle zu machen.

Unsere Vision beruht auf den Grundwerten Gerechtigkeit, Solidarität, Nachhaltigkeit und Demokratie. Wir wollen eine Stadt, in der jeder Mensch unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion oder sozialem Status faire Chancen hat. Eine Stadt, in der wirtschaftlicher Fortschritt nicht auf Kosten der Umwelt oder sozialer Gerechtigkeit geht. Eine Stadt, in der die Bürgerinnen und Bürger aktiv in politische Entscheidungen eingebunden sind und Transparenz sowie Mitbestimmung gewährleistet sind.

Besonders wichtig ist uns:

- **Soziale Gerechtigkeit:** Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der niemand in Armut leben muss, in der faire Löhne und sichere Arbeitsbedingungen für alle garantiert sind und in der soziale Sicherheit ein Grundrecht bleibt.
- **Nachhaltigkeit und Klimaschutz:** Wir wollen Hamburg zur Vorzeigestadt für Klimaschutz machen. Dies bedeutet eine konsequente Energiewende, nachhaltigen Verkehrsausbau und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen.
- **Demokratische Teilhabe:** Unsere Politik ist bürgernah, transparent und dialogorientiert. Wir fördern eine aktive Beteiligung der Hamburgerinnen und Hamburger an Entscheidungsprozessen und sorgen für mehr direkte Demokratie.
- **Vielfalt und Integration:** Hamburg ist eine Stadt der Vielfalt. Wir setzen uns für gleiche Chancen für alle ein, unabhängig von Herkunft oder Lebensweise. Diskriminierung, Rassismus und soziale Ungerechtigkeit haben in unserer Stadt keinen Platz. In diesem Zusammenhang setzen wir uns aktiv gegen Islamfeindlichkeit, Nationalismus und Rassismus ein.
- **Wirtschaftliche Innovation und soziale Verantwortung:** Wirtschaftlicher Erfolg und soziale Verantwortung müssen Hand in Hand gehen. Wir fördern nachhaltige Unternehmen, faire Arbeitsbedingungen und eine Wirtschaftspolitik, die den Menschen dient.
- **Frieden und Abrüstung:** Außenpolitisch haben wir eine starke Friedensorientierung und setzen uns konsequent gegen Kriege ein. Wir werden kein Geld für Waffen oder militärische Einsätze ausgeben, sondern in Bildung, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung investieren. Es müssen nicht die Flüchtlinge, sondern die Fluchtursachen bekämpft werden.

Mit diesen Leitwerten möchten wir eine Politik gestalten, die Hamburg für kommende Generationen lebenswert macht.

1.2 Ziel des Wahlprogramms

Dieses Wahlprogramm ist unser Fahrplan für ein gerechteres, nachhaltigeres und zukunftsfähiges Hamburg. Es stellt unsere politischen Prioritäten, Forderungen und Maßnahmen vor, mit denen wir unsere Stadt gestalten wollen.

Unser Wahlprogramm verfolgt drei zentrale Ziele:

1. **Gerechte Gesellschaft:** Unser Programm setzt sich für soziale Sicherheit, faire Arbeitsbedingungen, Bildungsgerechtigkeit und eine starke öffentliche Infrastruktur ein. Wir wollen ein Hamburg, in dem niemand ausgegrenzt oder zurückgelassen wird.
2. **Nachhaltige Zukunft:** Klimaschutz ist keine Option, sondern eine Notwendigkeit. Unser Programm enthält ambitionierte Maßnahmen, um Hamburg zur Klimaschutzmetropole zu machen und Umweltgerechtigkeit sicherzustellen.
3. **Bürgernahe Politik:** Wir stehen für mehr Mitbestimmung, Transparenz und demokratische Beteiligung. Die Politik soll wieder näher an den Menschen sein und ihre Interessen vertreten.

Unsere Vorschläge sind konkret, umsetzbar und sozial ausgewogen. Wir setzen auf eine Politik der Zusammenarbeit und des Dialogs mit den Bürgerinnen und Bürgern, um Hamburg gemeinsam voranzubringen. Mit diesem Wahlprogramm bieten wir eine klare Alternative zur bisherigen Politik und laden alle Hamburgerinnen und Hamburger ein, sich für eine gerechtere und lebenswertere Stadt einzusetzen.

Hamburg kann mehr – und wir wollen es möglich machen!

2. Faire Arbeit und soziale Sicherheit

2.1 Forderung: Einführung eines Mindestlohns von 15,50 Euro pro Stunde

Wir setzen uns für die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns von mindestens 15,50 Euro pro Stunde ein. In einer modernen und wohlhabenden Gesellschaft ist es unerlässlich, dass alle Menschen von ihrer Arbeit leben können. Ein Mindestlohn von 15,50€ Euro ist ein wichtiger Schritt, um Armut trotz Arbeit zu bekämpfen und die Lebensqualität der Beschäftigten zu verbessern.

Warum 15,50 Euro?

1. **Sicherung des Lebensunterhalts:** Der aktuelle Mindestlohn reicht oft nicht aus, um die grundlegenden Lebenshaltungskosten zu decken. Mit 15,50 Euro pro Stunde können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Miete, Lebensmittel und andere notwendige Ausgaben besser bewältigen.
2. **Stärkung der Kaufkraft:** Ein höherer Mindestlohn führt zu einer Erhöhung der Kaufkraft der Beschäftigten. Dies kommt nicht nur den Arbeitnehmern zugute, sondern auch der Wirtschaft insgesamt, da mehr Geld in den lokalen Handel fließt.
3. **Gleichheit und Gerechtigkeit:** Ein Mindestlohn von 15,50 Euro trägt dazu bei, soziale Ungleichheiten abzubauen und die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen. Jeder Mensch hat das Recht auf eine faire Entlohnung für seine Arbeit.
4. **Attraktivität des Arbeitsmarktes:** Ein höherer Mindestlohn macht Berufe in Branchen mit niedrigen Löhnen attraktiver und hilft, Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. Dies ist besonders wichtig in Zeiten des Fachkräftemangels.

Unsere Maßnahmen:

- Wir fordern die Bundesregierung auf, den gesetzlichen Mindestlohn auf 15,50 Euro pro Stunde anzuheben.
- Wir setzen uns für regelmäßige Anpassungen des Mindestlohns an die Lebenshaltungskosten ein, um sicherzustellen, dass er auch in Zukunft ausreicht.
- Wir unterstützen Initiativen, die die Einhaltung des Mindestlohns kontrollieren und durchsetzen, um Lohndumping zu verhindern.
- Mit der Einführung eines Mindestlohns von 15,50 Euro pro Stunde schaffen wir die Grundlage für ein gerechteres und sozialeres Hamburg. Lassen Sie uns gemeinsam für faire Löhne und ein besseres Leben für alle kämpfen!

2.2 Forderung: Das Renteneintrittsalter darf nicht erhöht werden!

In einer sich ständig verändernden Arbeitswelt ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir die Lebensrealitäten der Menschen ernst nehmen. Wir setzen uns entschieden dafür ein, dass das Renteneintrittsalter nicht erhöht wird. Hier sind die Gründe, warum wir diese Position vertreten:

1. **Würde im Alter:** Viele Menschen haben ein langes Arbeitsleben hinter sich, das oft von körperlicher und psychischer Belastung geprägt ist. Ein höheres Renteneintrittsalter würde

bedeuten, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezwungen wären, länger in einem Beruf zu arbeiten, der ihnen möglicherweise nicht mehr die nötige Erfüllung oder die körperliche Belastbarkeit bietet. Jeder Mensch hat das Recht, im Alter in Würde zu leben und die Früchte seiner Arbeit zu genießen.

2. **Gesundheitliche Aspekte:** Studien zeigen, dass die Gesundheit vieler Menschen im Alter abnimmt. Ein späterer Renteneintritt kann zu einer Verschlechterung der Lebensqualität führen, da viele Arbeitnehmer nicht mehr in der Lage sind, die Anforderungen ihres Jobs zu erfüllen. Wir müssen sicherstellen, dass die Menschen die Möglichkeit haben, sich rechtzeitig zu erholen und ihre Gesundheit zu genießen.
3. **Fachkräftemangel und Generationenvertrag:** Jüngere Generationen benötigen die Möglichkeit, in den Arbeitsmarkt einzutreten und ihre Fähigkeiten einzubringen. Ein fester Renteneintritt ermöglicht es, den Generationenvertrag zu wahren und den Übergang zwischen den Generationen zu fördern.
4. **Finanzielle Sicherheit:** Die Rente muss so gestaltet sein, dass sie ein Leben in Würde ermöglicht. Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters würde viele Menschen, die eine Erwerbsunfähigkeit haben in die Unsicherheit treiben, da sie möglicherweise nicht genug Ersparnisse haben, um bis zur Rente zu überbrücken. Wir fordern eine Rentenpolitik, die sicherstellt, dass alle Menschen von ihrer Rente leben können, ohne in finanzielle Not zu geraten.
5. **Soziale Gerechtigkeit:** Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters trifft vor allem die sozial schwächeren Schichten, die oft in körperlich anstrengenden Berufen arbeiten. Wir setzen uns für eine gerechte Rentenpolitik ein, die die Bedürfnisse aller Menschen berücksichtigt und soziale Ungleichheiten abbaut.

Fazit: Wir stehen für eine Rentenpolitik, die das Renteneintrittsalter nicht erhöht und die finanzielle Sicherheit sowie die Lebensqualität im Alter gewährleistet. Lassen Sie uns gemeinsam für eine gerechte und menschenwürdige Altersversorgung kämpfen!

2.3 Forderung: Rentenreform zur Sicherung der Mindestrente

Angesichts der demografischen Veränderungen und der wachsenden Herausforderungen für unser Rentensystem ist es dringend erforderlich, Maßnahmen zu ergreifen, um eine gerechte und nachhaltige Altersvorsorge für alle Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen. Ein zentrales Anliegen dabei ist die Einführung und Sicherung einer Mindestrente, die allen Menschen ein würdevolles Leben im Alter ermöglicht.

Die Rentenreform zielt darauf ab, soziale Ungleichheiten zu reduzieren und insbesondere diejenigen zu unterstützen, die durch unzureichende Beitragszeiten oder geringfügige Beschäftigungen bislang keine ausreichende Altersversorgung erreichen konnten. Dabei stehen folgende Maßnahmen im Mittelpunkt:

- **Einführung einer gesetzlichen Mindestrente:** Jede Person, die mindestens 45 Jahre in das Rentensystem eingezahlt hat, soll Anspruch auf eine Mindestrente in Höhe von dem dann gültigen Mindestlohn haben, unabhängig von der Höhe ihrer individuellen Beiträge.

- **Anrechnung von Erziehungs- und Pflegezeiten:** Zeiten, in denen Personen Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, sollen verstärkt in die Rentenberechnung einfließen, um die gesellschaftliche Bedeutung dieser Tätigkeiten anzuerkennen.
- **Finanzierung durch einen solidarischen Ansatz:** Die Mindestrente soll durch eine Kombination aus Beitragsgeldern und zusätzlichen Steuerzuschüssen finanziert werden, um die Lasten gerecht zu verteilen und die langfristige Stabilität des Systems zu gewährleisten.

Mit diesen Forderungen möchten wir sicherstellen, dass niemand im Alter in Armut leben muss. Die Sicherung einer Mindestrente ist ein wichtiger Schritt hin zu einer sozialen und fairen Gesellschaft, in der alle Generationen voneinander profitieren.

2.4 Kostenfreier Nahverkehr für Senioren

Wir setzen uns für die Einführung eines kostenfreien Nahverkehrs für Senioren ein!

Mobilität ist ein Grundpfeiler für ein selbstbestimmtes und aktives Leben im Alter. Der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln sollte für alle Menschen, insbesondere für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger, uneingeschränkt und kostenfrei sein.

Hier sind die Gründe, warum wir diese Maßnahme unterstützen:

- **Selbstbestimmung und Teilhabe:** Viele Senioren sind auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen, um ihre täglichen Erledigungen zu machen, soziale Kontakte zu pflegen oder an kulturellen Veranstaltungen teilzunehmen. Kostenfreier Nahverkehr ermöglicht es ihnen, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und ihre Selbstständigkeit zu bewahren.
- **Entlastung des Budgets:** Viele ältere Menschen leben von einer Rente, die oft nicht ausreicht, um alle Lebenshaltungskosten zu decken. Die Einführung eines kostenfreien Nahverkehrs würde eine spürbare finanzielle Entlastung für Senioren darstellen und ihnen helfen, ihre Ausgaben besser zu planen.
- **Förderung der Gesundheit:** Mobilität ist entscheidend für die Gesundheit und das Wohlbefinden älterer Menschen. Durch die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel können Senioren leichter zu Arztterminen, Sportangeboten oder sozialen Aktivitäten gelangen, was ihre Lebensqualität erheblich steigert.
- **Umweltfreundliche Mobilität:** Ein kostenfreier Nahverkehr für Senioren fördert die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel und trägt zur Reduzierung des Individualverkehrs bei. Dies hat positive Auswirkungen auf die Umwelt und die Luftqualität in unseren Städten.
- **Soziale Gerechtigkeit:** Mobilität ist ein Grundrecht, das für alle Menschen zugänglich sein sollte. Die Einführung eines kostenfreien Nahverkehrs für Senioren ist ein Schritt in Richtung sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Wir möchten sicherstellen, dass alle Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen, die Möglichkeit haben, sich frei zu bewegen und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Unsere Maßnahmen:

- Wir fordern die Einführung eines kostenfreien Nahverkehrs für alle Senioren ab dem Renteneintritt und dem Mindestalter von 65
- Wir setzen uns für die Verbesserung der Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln ein, um die Nutzung für alle Senioren zu erleichtern.
- Wir unterstützen Initiativen, die den öffentlichen Nahverkehr ausbauen und attraktiver gestalten, um die Mobilität im Alter zu fördern. Mit der Einführung eines kostenfreien Nahverkehrs für Rentner ab 65 schaffen wir die Grundlage für ein aktives, selbstbestimmtes und erfülltes Leben im Alter. Lassen Sie uns gemeinsam für eine gerechte Mobilität für alle Generationen kämpfen!

2.5 Ausbildungsplatzgarantie für eine starke Zukunft

Bildung und berufliche Ausbildung sind der Schlüssel zu einem erfolgreichen und unabhängigen Leben. Deshalb setzen wir uns in unserem Wahlprogramm für eine **Ausbildungsplatzgarantie** ein, die jedem jungen Menschen den Einstieg in das Berufsleben ermöglicht und gleichzeitig die Fachkräftebasis unserer Wirtschaft stärkt.

Ziele der Ausbildungsplatzgarantie

1. **Zugang für alle:** Jeder Jugendliche, der bereit ist, eine Ausbildung zu beginnen, soll garantiert einen passenden Ausbildungsplatz erhalten – unabhängig von Wohnort, sozialem Hintergrund oder vorherigen Schulabschlüssen.
2. **Förderung der Wirtschaft:** Die Ausbildungsplatzgarantie unterstützt Unternehmen, die ausbilden, und schließt damit die Fachkräftelücke, die unsere Wirtschaft vor große Herausforderungen stellt.
3. **Chancengleichheit:** Kein junger Mensch soll aufgrund fehlender Ausbildungsplätze oder struktureller Probleme den Start ins Berufsleben verpassen.

Maßnahmen zur Umsetzung

- **Stärkere Kooperation mit Unternehmen:** Wir werden ein Förderprogramm für Betriebe einführen, das Unternehmen ermutigt, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen.
- **Öffentlich geförderte Ausbildungsplätze:** Dort, wo der Markt nicht genügend Ausbildungsplätze anbieten kann, wird der Staat intervenieren und durch öffentliche Maßnahmen Lücken schließen.
- **Berufsorientierung stärken:** Mit verbesserten Berufsberatungsangeboten und einer engeren Verknüpfung zwischen Schulen und Betrieben helfen wir Jugendlichen, ihre Stärken zu erkennen und den passenden Ausbildungsweg zu wählen.
- **Förderung in ländlichen Regionen:** Für Jugendliche in Regionen mit wenigen Ausbildungsangeboten wird es zusätzliche Mobilitäts- und Wohnkostenzuschüsse geben.

Warum ist die Ausbildungsplatzgarantie wichtig?

Eine sichere Perspektive motiviert junge Menschen und stärkt das Vertrauen in unsere Gesellschaft. Gleichzeitig profitieren Unternehmen und der Arbeitsmarkt langfristig von qualifizierten

Nachwuchskräften. Mit der Ausbildungsplatzgarantie investieren wir in die Zukunft Deutschlands – wirtschaftlich, sozial und innovativ.

Gemeinsam können wir die berufliche Zukunft junger Menschen sichern und ein starkes Fundament für die nächste Generation schaffen.

2.6 Starke Familien – Die Basis für Hamburgs Zukunft

Familien sind das Herz unserer Gesellschaft und die Grundlage für ein starkes und solidarisches Hamburg. Wir setzen uns dafür ein, dass Familien in unserer Stadt die bestmögliche Unterstützung erhalten – unabhängig von ihrer Größe, Struktur oder ihrem Einkommen. Durch gezielte Maßnahmen wollen wir Familien fördern, entlasten und stärken, damit sie ihre wichtige Rolle in der Gesellschaft wahrnehmen können.

Unsere Ziele: Hamburg soll eine familienfreundliche Stadt sein, in der Eltern und Kinder bestmögliche Bedingungen vorfinden, um gemeinsam zu wachsen, zu lernen und zu leben.

Unsere Maßnahmen zur Förderung von Familien:

1. Bessere finanzielle Unterstützung für Familien:

- Einführung eines Hamburger Familienbonus, der zusätzliche Leistungen für Familien mit geringem Einkommen bietet.
- Erhöhung von Zuschüssen für Bildung, Freizeit und Kulturangebote für Kinder und Jugendliche.

2. Ausbau der Kinderbetreuung:

- Ausbau von Kita-Plätzen und flexiblen Betreuungsmodellen, die den individuellen Bedürfnissen von Familien gerecht werden.
- Kostenfreie Kita-Betreuung für alle Familien, um Chancengleichheit sicherzustellen.

3. Familienfreundliches Wohnen:

- Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, speziell für Familien, durch den Bau von Wohnungen mit familiengerechten Grundrissen.
- Förderung von Mehrgenerationenprojekten und Quartieren, die das Zusammenleben von Jung und Alt erleichtern.

4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf:

- Förderung flexibler Arbeitszeitmodelle und Homeoffice-Möglichkeiten für Eltern.
- Ausbau der betrieblichen Kinderbetreuung in Unternehmen.

5. Unterstützung in schwierigen Lebenslagen:

- Einrichtung von Familienzentren in allen Stadtteilen, die Beratung, Unterstützung und Freizeitangebote unter einem Dach vereinen.
- Ausbau von Hilfsprogrammen für Alleinerziehende, Pflegefamilien und Familien in sozialen Notlagen.

6. Bildung und Förderung von Kindern:

- Einführung von kostenfreien Lern- und Förderprogrammen für Kinder und Jugendliche, insbesondere für sozial benachteiligte Familien.
- Ausbau von Ganztagschulen mit zusätzlichen Freizeit- und Sportangeboten.

7. Gesundheit und Prävention:

- Förderung von Gesundheitsangeboten für Familien, wie Vorsorgeuntersuchungen und Ernährungsberatung.
- Ausbau von psychologischen Unterstützungsangeboten für Eltern und Kinder.

2.7 Vielfalt im öffentlichen Dienst – Mehr Migrantinnen und Migranten für Hamburgs Verwaltung

Hamburg ist eine weltoffene und vielfältige Stadt, in der Menschen aus verschiedensten kulturellen Hintergründen leben. Diese Vielfalt soll sich auch im öffentlichen Dienst widerspiegeln. Wir setzen uns dafür ein, den Anteil von Migrantinnen und Migranten in Hamburgs Verwaltung und anderen öffentlichen Institutionen zu erhöhen. Eine diverse Belegschaft stärkt die Verwaltung, erhöht die Bürgernähe und fördert gegenseitiges Verständnis.

Warum Vielfalt im öffentlichen Dienst wichtig ist:

1. Abbild der Gesellschaft:

- Hamburgs Bevölkerung ist vielfältig, und diese Vielfalt sollte sich in der Verwaltung widerspiegeln, um die Lebensrealitäten aller Menschen besser zu verstehen und abzubilden.

2. Bessere Bürgernähe:

- Ein diverser öffentlicher Dienst verbessert den Zugang zu Behörden für Menschen mit Migrationshintergrund und stärkt das Vertrauen in die Verwaltung.

3. Chancengleichheit fördern:

- Migrantinnen und Migranten sollen faire Chancen auf eine Karriere im öffentlichen Dienst erhalten, um Diskriminierung abzubauen und Partizipation zu fördern.

Unsere Maßnahmen:

1. Gezielte Rekrutierung und Sensibilisierung:

- Einführung von Informationskampagnen, die gezielt Migrantinnen und Migranten über Karrieremöglichkeiten im öffentlichen Dienst informieren.
- Förderung von Mentoring-Programmen, um den Einstieg in die Verwaltung zu erleichtern.

2. Vielfalt als Ziel in Einstellungsverfahren:

- Einführung von anonymisierten Bewerbungsverfahren, um Diskriminierung im Einstellungsprozess zu verhindern.

- Festlegung von Zielquoten, um den Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund schrittweise zu erhöhen.

3. Ausbildung und Qualifizierung:

- Ausbau von Ausbildungsprogrammen speziell für Menschen mit Migrationshintergrund, die sie auf Berufe im öffentlichen Dienst vorbereiten.
- Förderung von Sprachkursen und Weiterbildungsmaßnahmen, um Sprachbarrieren abzubauen.

4. Interkulturelle Kompetenz stärken:

- Schulung aller Mitarbeitenden im öffentlichen Dienst in interkultureller Kompetenz, um ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld zu schaffen.
- Einrichtung von Diversity-Beauftragten in allen öffentlichen Institutionen.

5. Transparenz und Evaluation:

- Regelmäßige Berichte über den Anteil von Mitarbeitenden mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst, um Fortschritte zu dokumentieren.
- Einrichtung eines Beirats für Vielfalt, der die Umsetzung und Weiterentwicklung der Maßnahmen überwacht.

2.8 Unterstützung für Mütter in den ersten drei Lebensjahren – Hamburg stärkt Familien

Die ersten drei Lebensjahre eines Kindes sind eine prägende Zeit, in der viele Mütter eine zentrale Rolle spielen möchten. Wir setzen uns dafür ein, dass Mütter, die sich bewusst für die häusliche Betreuung und Erziehung ihrer Kinder entscheiden, in Hamburg die nötige Unterstützung und Wertschätzung erhalten. Ziel ist es, Familien die Wahlfreiheit zu geben, wie sie diese wichtige Phase gestalten möchten, ohne finanzielle oder gesellschaftliche Nachteile befürchten zu müssen.

Unsere Ziele für Hamburgs Familien: Hamburg soll eine Stadt sein, in der Mütter (und Väter) frei entscheiden können, wie sie die Betreuung ihrer Kinder in den ersten Lebensjahren organisieren. Diese Entscheidung darf nicht von finanziellen Zwängen oder mangelnder Unterstützung beeinflusst werden.

Unsere Maßnahmen zur Förderung von Müttern:

1. Einführung eines Hamburger Betreuungsgeldes:

- Finanzielle Unterstützung für Mütter (oder Väter), die ihre Kinder in den ersten drei Lebensjahren selbst betreuen.
- Das Betreuungsgeld soll Familien helfen, sich auf die Erziehung zu konzentrieren, ohne finanzielle Nachteile zu erleiden.

2. Rentenansprüche für Erziehungszeiten:

- Anerkennung der Erziehungszeit von Müttern in den ersten drei Lebensjahren ihres Kindes bei der Rentenberechnung.

- Hamburg setzt sich für eine gerechte Absicherung von Eltern ein, die diese Phase aktiv gestalten.

3. Vereinbarkeit von Erziehung und Beruf:

- Förderung von Teilzeitmodellen, die es Müttern ermöglichen, flexibel ins Berufsleben zurückzukehren.
- Ausbau von beruflichen Wiedereinstiegsprogrammen speziell für Mütter, die nach der Erziehungszeit wieder arbeiten möchten.

4. Netzwerke und Beratungsangebote:

- Einrichtung von Familienzentren in jedem Stadtteil, die Beratung, Austausch und Unterstützungsangebote für Mütter bieten.
- Förderung von Gruppen und Initiativen, die Müttern soziale Kontakte und Entlastung ermöglichen.

5. Bildung und frühe Förderung:

- Kostenfreie Angebote wie Spielgruppen, Krabbelkreise und frühkindliche Bildungsprogramme für Mütter und Kinder.
- Förderung von Elternkursen, die praktische Tipps zu Erziehung, Gesundheit und Kindesentwicklung bieten.

6. Öffentliche Anerkennung der Erziehungsarbeit:

- Hamburg soll die gesellschaftliche Bedeutung der häuslichen Kindererziehung durch Kampagnen und Maßnahmen sichtbar machen.
- Förderung von Projekten, die die Rolle der Eltern als erste Erzieher stärken und würdigen.

2.9 Kinderwunsch fördern – Hamburg stärkt Familien und unterstützt Lebensentscheidungen

Ein erfüllter Kinderwunsch ist für viele Menschen ein zentraler Bestandteil ihres Lebensplans. Doch für manche bleibt dieser Wunsch aus verschiedenen Gründen unerfüllt. Hamburg soll eine Stadt sein, in der sich alle, die Kinder bekommen und großziehen möchten, auf umfassende Unterstützung verlassen können. Wir setzen uns dafür ein, Hindernisse abzubauen, Familiengründungen zu fördern und den Zugang zu medizinischer Hilfe und gesellschaftlicher Unterstützung zu erleichtern.

Unsere Vision: Hamburg soll die familienfreundlichste Stadt Deutschlands werden – ein Ort, an dem der Kinderwunsch nicht an finanziellen, gesundheitlichen oder strukturellen Hürden scheitert.

Unsere Maßnahmen zur Förderung des Kinderwunsches:

1. Finanzielle Unterstützung für Kinderwunschbehandlungen:

- Einführung eines Hamburger Zuschusses für Paare, die medizinische Unterstützung wie In-vitro-Fertilisation (IVF) oder Inseminationen benötigen.

2. Aufklärung und Beratung:

- Einrichtung von städtischen Kinderwunschzentren, die umfassende Beratung zu medizinischen, rechtlichen und finanziellen Aspekten bieten.
- Förderung von Informationskampagnen, um über Fruchtbarkeit und Möglichkeiten der Familienplanung aufzuklären.

3. Unterstützung bei Adoptionen:

- Vereinfachung und Beschleunigung der Adoptionsverfahren in Hamburg.
- Förderung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Paare, die eine Adoption in Betracht ziehen.

4. Förderung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf:

- Ausbau von flexiblen Arbeitszeitmodellen und Homeoffice-Angeboten, um die Familiengründung zu erleichtern.
- Einführung von Unterstützungsprogrammen für Arbeitgeber, die familienfreundliche Strukturen schaffen.

5. Psychologische Unterstützung:

- Kostenfreie psychologische Begleitung für Paare, die mit unerfülltem Kinderwunsch kämpfen.
- Ausbau von Gruppenangeboten für den Austausch mit anderen Betroffenen.

6. Soziale und finanzielle Anreize für Familiengründungen:

- Einführung eines „Hamburger Familienstartbonus“, der jungen Eltern finanzielle Unterstützung bei der Geburt ihres Kindes bietet.
- Förderung von bezahlbarem und familienfreundlichem Wohnraum, insbesondere für junge Familien.

7. Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz:

- Öffentlichkeitskampagnen, die Kinderwünsche und Familiengründungen als zentralen Bestandteil einer lebenswerten Stadtgesellschaft hervorheben.

2.10 Geschlechtsumwandlungen bei Minderjährigen verbieten

Die Thematik rund um Geschlechtsumwandlungen bei Minderjährigen ist sehr komplex. Es gibt sowohl medizinische als auch ethische und psychologische Aspekte, die berücksichtigt werden müssen. Wenn es um die Entscheidung für geschlechtsangleichende Maßnahmen bei Minderjährigen geht, gibt es potenzielle Nachteile und Risiken, die von Fachleuten betont werden. Hier sind einige potenzielle Nachteile, die von verschiedenen Experten und in öffentlichen Debatten genannt werden:

1. Unreife der Entscheidungsfindung:

- **Kognitive und emotionale Entwicklung:** Minderjährige befinden sich in einer Phase der emotionalen und kognitiven Entwicklung. Einige Fachleute argumentieren, dass Jugendliche in diesem Alter möglicherweise noch nicht die Reife haben, eine so tiefgreifende und lebensverändernde Entscheidung zu treffen.
- **Langfristige Konsequenzen:** Das Umsetzen einer Geschlechtsangleichung kann irreversible Folgen haben. Kritiker warnen davor, dass Jugendliche möglicherweise später ihre Entscheidung bereuen könnten, wenn sie älter und emotional stabiler sind.

2. Medizinische Risiken:

- **Medikamentöse Behandlungen:** Pubertätsblocker, die bei der Geschlechtsumwandlung verwendet werden, können Nebenwirkungen haben. Langfristige Auswirkungen auf Knochenentwicklung, Fruchtbarkeit und andere körperliche Prozesse sind noch nicht vollständig erforscht.
- **Hormontherapie und Chirurgie:** Eine Hormonbehandlung kann zu physischen Veränderungen führen, die nicht rückgängig gemacht werden können. Ebenso birgt eine geschlechtsangleichende Operation gesundheitliche Risiken, die mit jedem chirurgischen Eingriff verbunden sind.

3. Psychische Belastung:

- **Unvorhergesehene psychische Auswirkungen:** Die psychischen Auswirkungen einer Geschlechtsumwandlung können komplex sein. Während für viele Transgeschlechtliche die Angleichung eine Verbesserung der Lebensqualität darstellt, können auch unerwartete emotionale oder psychische Herausforderungen auftreten, die mit den Veränderungen im Körper und der sozialen Wahrnehmung zusammenhängen.
- **Gesellschaftliche Akzeptanz:** Die gesellschaftliche Wahrnehmung und Akzeptanz von Transidentität ist weiterhin ein sensibles Thema. Minderjährige könnten mit Diskriminierung oder Stigmatisierung konfrontiert werden, was ihre psychische Gesundheit weiter belasten könnte.

4. Mangel an langfristigen Daten:

- **Fehlende Langzeitforschung:** Da geschlechtsangleichende Behandlungen und Eingriffe relativ neue medizinische Praktiken sind, fehlen oft umfassende Langzeitstudien, die die langfristigen Auswirkungen und Risiken vollständig bewerten. Einige Experten warnen vor den Unwägbarkeiten und unerforschten Folgen von Eingriffen bei Jugendlichen.

5. Soziale und familiäre Herausforderungen:

- **Fehlende Unterstützung aus dem Umfeld:** Jugendliche, die sich einer Geschlechtsumwandlung unterziehen, könnten mit fehlender Unterstützung von Familie, Freunden oder gesellschaftlichen Institutionen konfrontiert sein. Dies könnte ihre psychische Gesundheit zusätzlich belasten.
- **Druck durch äußere Einflüsse:** Minderjährige könnten unter Druck geraten, eine Geschlechtsumwandlung vorzunehmen, sei es aufgrund von sozialen Medien, dem Einfluss von Gleichaltrigen oder durch unzureichend informierende Beratungsprozesse.

6. Ethik:

- **Ethik der Entscheidung:** Es ist ethisch nicht vertretbar, dass Minderjährige, die sich möglicherweise noch in einer Phase der Selbstfindung befinden, zu medizinischen Eingriffen ermutigt werden, die nicht rückgängig gemacht werden können.

3. Wohnen und Lebensqualität in Hamburg

3.1 Mietpreisdeckel für bezahlbares Wohnen in Hamburg

Hamburg ist eine der attraktivsten Städte Deutschlands, doch die steigenden Mietpreise machen das Leben für viele Bürgerinnen und Bürger immer schwerer. Wohnen ist ein Menschenrecht, und deshalb setzen wir uns für einen **Mietpreisdeckel** ein, um bezahlbaren Wohnraum in unserer Stadt zu sichern.

Ziele des Mietpreisdeckels

1. **Schutz vor Verdrängung:** Niemand soll aufgrund steigender Mieten gezwungen sein, sein Zuhause zu verlassen.
2. **Bezahlbares Wohnen für alle:** Der Mietpreisdeckel soll sicherstellen, dass Hamburg für Menschen aus allen Einkommensschichten lebenswert bleibt.
3. **Stärkung der Stadtgemeinschaft:** Durch faire Mietpreise bewahren wir die Vielfalt der Quartiere und fördern den sozialen Zusammenhalt.

Maßnahmen zur Umsetzung

- **Deckelung von Mieten:** Für bestehende Mietverträge wird eine Obergrenze eingeführt, die sich an der durchschnittlichen Mietentwicklung orientiert und überhöhte Mieterhöhungen verhindert.
- **Neuregelung bei Neuvermietungen:** Die Mietpreise für neu vermietete Wohnungen werden ebenfalls gedeckelt, um Wucherpreise zu unterbinden.
- **Förderung des sozialen Wohnungsbaus:** Wir werden den Bau von öffentlich geförderten Wohnungen massiv vorantreiben, um den Druck auf den Wohnungsmarkt zu verringern.
- **Transparenz bei Mietpreisen:** Die Einführung eines stadtweiten Mietspiegels ermöglicht es allen Bürgerinnen und Bürgern, faire Mietpreise einzusehen und einzufordern.
- **Härtefallregelungen für Vermieter:** Kleine Vermieter, die auf Mieteinnahmen angewiesen sind, erhalten Unterstützung, um soziale und wirtschaftliche Härten zu vermeiden.

Warum ein Mietpreisdeckel in Hamburg?

Die Wohnraumkrise betrifft uns alle. Gerade in einer wachsenden Stadt wie Hamburg ist es entscheidend, die Balance zwischen einem lebendigen Immobilienmarkt und sozialer Verantwortung zu finden. Mit dem Mietpreisdeckel schaffen wir die Grundlage für gerechtes Wohnen und verhindern, dass sich die soziale Spaltung in unserer Stadt weiter vertieft.

Ihre Stimme für uns ist eine Stimme für bezahlbares Wohnen und ein starkes, solidarisches Hamburg!

3.2 Neubauprogramm für Hamburg mit hohem Anteil an Sozialwohnungen

Hamburg wächst und braucht dringend mehr bezahlbaren Wohnraum. Um die Wohnraumkrise zu bewältigen und die soziale Gerechtigkeit zu fördern, setzen wir auf ein **ambitioniertes Neubauprogramm**, das einen hohen Anteil an Sozialwohnungen sicherstellt. Wir wollen Hamburg lebenswert für alle machen – unabhängig vom Einkommen.

Ziele des Neubauprogramms

1. **Schaffung von bezahlbarem Wohnraum:** Ein signifikanter Anteil der Neubauten soll Sozialwohnungen sein, um Menschen mit niedrigem Einkommen ein sicheres Zuhause zu bieten.
2. **Förderung von sozialen Quartieren:** Durch gemischte Wohnformen wollen wir Quartiere schaffen, die vielfältig und lebendig sind.
3. **Nachhaltigkeit und Klimaschutz:** Neue Bauprojekte sollen ökologisch verantwortungsvoll gestaltet und ressourcenschonend umgesetzt werden.

Maßnahmen zur Umsetzung:

- **Verpflichtender Sozialwohnungsanteil:** Bei allen neuen Bauprojekten wird ein verbindlicher Anteil von mindestens **50 % Sozialwohnungen** festgelegt.
- **Förderprogramme für sozialen Wohnungsbau:** Öffentliche Gelder werden gezielt eingesetzt, um den Bau von Sozialwohnungen für private und kommunale Bauträger attraktiver zu machen.
- **Schnellere Genehmigungsverfahren:** Um den Bau neuer Wohnungen zu beschleunigen, werden bürokratische Hürden abgebaut und Prozesse digitalisiert.
- **Baulandmobilisierung:** Unbebautes Land und brachliegende Flächen sollen für den sozialen Wohnungsbau priorisiert werden.
- **Ökologisches Bauen:** Der Neubau erfolgt klimaneutral durch den Einsatz nachhaltiger Materialien und erneuerbarer Energien.

Warum ein hohes Kontingent an Sozialwohnungen?

Bezahlbarer Wohnraum ist die Grundlage für soziale Sicherheit und Chancengleichheit. Hamburg ist eine Stadt für alle – doch steigende Mieten und begrenzter Wohnraum gefährden dieses Ideal. Mit unserem Neubauprogramm und dem klaren Fokus auf Sozialwohnungen sorgen wir dafür, dass niemand aus seiner Stadt verdrängt wird.

Dieses Programm stärkt nicht nur die soziale Gerechtigkeit, sondern wirkt auch den negativen Effekten der Wohnraumknappheit entgegen – für ein solidarisches, modernes und lebenswertes Hamburg!

3.3 Wohnungsleerstand effektiv verhindern

Während viele Menschen in Hamburg dringend bezahlbaren Wohnraum suchen, stehen zahlreiche Wohnungen leer. Das ist weder sozial noch ökonomisch vertretbar. Deshalb setzen wir uns in unserem Wahlprogramm für eine konsequente Strategie ein, um **Wohnungsleerstand zu verhindern** und Wohnraum schnell wieder nutzbar zu machen.

Ziele zur Bekämpfung von Wohnungsleerstand

1. **Wohnen statt Leerstand:** Jede leerstehende Wohnung soll so schnell wie möglich wieder bewohnbar gemacht werden.
2. **Gerechte Nutzung von Ressourcen:** Leerstand in einer angespannten Wohnsituation schadet der gesamten Stadtgesellschaft.
3. **Sanktionen bei spekulativem Leerstand:** Wir wollen gezielt gegen Vermieter vorgehen, die Wohnungen absichtlich leer stehen lassen, um von steigenden Preisen zu profitieren.

Maßnahmen zur Umsetzung

- **Meldepflicht für Leerstand:** Vermieter müssen Leerstand von Wohnungen über einen Zeitraum von mehr als sechs Monaten melden. Bei Verstößen drohen empfindliche Bußgelder.
- **Leerstandssteuer:** Eigentümer, die Wohnungen über längere Zeit leer stehen lassen, werden finanziell stärker belastet, um wirtschaftliche Anreize für die Wiedervermietung zu schaffen.
- **Zwischennutzung fördern:** Kommunen sollen leerstehende Wohnungen für temporäre Wohnzwecke, wie etwa für Studierende oder Geflüchtete, zur Verfügung stellen können.
- **Kommunale Aufkaufprogramme:** Städte und Gemeinden sollen die Möglichkeit erhalten, leerstehende Immobilien zu erwerben und als bezahlbaren Wohnraum umzuwidmen.
- **Schnellere Sanierung:** Für Wohnungen, die aufgrund von Sanierungsbedarf leer stehen, werden Förderprogramme bereitgestellt, um die Instandsetzung zu beschleunigen.

Warum gegen Leerstand vorgehen?

Wohnungsleerstand ist in einer Stadt wie Hamburg, die mit einer angespannten Wohnsituation kämpft, nicht hinnehmbar. Mit klaren Regeln und effektiven Maßnahmen stellen wir sicher, dass jeder Quadratmeter Wohnraum seiner eigentlichen Bestimmung dient: Menschen ein Zuhause zu geben.

Ihre Stimme für uns ist eine Stimme für eine soziale Wohnpolitik, die niemanden zurücklässt und die Ressourcen der Stadt gerecht verteilt. Gemeinsam können wir Hamburg zu einer Stadt machen, in der Wohnen bezahlbar und zugänglich bleibt.

3.4 Erwerb von Wohneigentum in Hamburg fördern

Wohneigentum bietet Sicherheit, Unabhängigkeit und eine wichtige Altersvorsorge. Doch in Hamburg sind die hohen Immobilienpreise für viele Menschen eine unüberwindbare Hürde. Wir setzen uns in unserem Wahlprogramm dafür ein, den **Erwerb von Wohneigentum** stärker zu fördern und damit mehr Menschen die Chance zu geben, ein eigenes Zuhause zu erwerben.

Ziele zur Förderung des Wohneigentums

1. **Chancengleichheit beim Eigentumserwerb:** Auch Familien mit mittleren und niedrigen Einkommen sollen die Möglichkeit haben, Wohneigentum zu erwerben.
2. **Stärkung der sozialen Absicherung:** Eigentum dient als langfristige Vorsorge und schützt vor steigenden Mieten.
3. **Nachhaltige Stadtentwicklung:** Die Förderung von Wohneigentum trägt zur Stabilität von Quartieren und der Schaffung lebendiger Nachbarschaften bei.

Maßnahmen zur Umsetzung

- **Zinsgünstige Darlehen und Förderprogramme:** Einführung von Förderprogrammen für Erstkäufer, insbesondere für Familien und junge Menschen, mit zinsgünstigen Darlehen und Zuschüssen.
- **Erleichterung des Baukindergelds:** Wiedereinführung und Aufstockung des Baukindergelds, um Familien beim Kauf oder Bau von Wohneigentum zu unterstützen.
- **Senkung der Grunderwerbsteuer:** Für den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum (mind. 5 Jahre) soll die Grunderwerbsteuer gesenkt oder ganz erlassen werden.
- **Förderung von Genossenschaftsmodellen:** Stärkung von genossenschaftlichem Wohnen als alternative und erschwingliche Möglichkeit, Eigentum zu erwerben.
- **Bauland für Bürger:** Bereitstellung von vergünstigtem Bauland für Privatpersonen, um bezahlbares Bauen zu ermöglichen.
- **Transparente Beratung:** Aufbau von städtischen Beratungsstellen, die Interessierten bei der Finanzierung und Planung von Wohneigentum helfen.

Warum Wohneigentum fördern?

Eigentum ist ein wichtiger Baustein für eine gerechte Gesellschaft und ein Mittel, um soziale Ungleichheiten zu reduzieren. Indem wir den Erwerb von Wohneigentum erleichtern, schaffen wir neue Perspektiven für Familien und Einzelpersonen in Hamburg. Gleichzeitig fördern wir den sozialen Zusammenhalt in unseren Stadtvierteln und geben mehr Menschen ein Zuhause, das ihnen wirklich gehört.

Ihre Stimme für uns ist eine Stimme für bezahlbares Wohneigentum und eine Zukunft, in der Hamburg für alle erschwinglich bleibt.

3.5 Förderung des Wohnungstauschs in Hamburg

Die Wohnsituation in Hamburg ist angespannt: Während einige Menschen zu viel Wohnraum haben, suchen andere dringend nach größeren oder besser geeigneten Wohnungen. Wir wollen mit einem **gezielten Programm zur Förderung des Wohnungstauschs** eine Lösung schaffen, die flexibel, sozial und effektiv ist. So kann bestehender Wohnraum besser genutzt werden, ohne dass zusätzlicher Druck auf den Wohnungsmarkt entsteht.

Ziele zur Förderung des Wohnungstauschs

1. **Effiziente Wohnraumnutzung:** Durch Wohnungstausch können Haushalte ihre Wohnfläche besser an ihre Bedürfnisse anpassen.
2. **Soziale Entlastung:** Wohnungstausch ermöglicht älteren Menschen, Familien oder Einzelpersonen, passenderen Wohnraum zu finden, ohne die hohen Kosten eines Umzugs auf dem freien Markt tragen zu müssen.
3. **Vermeidung von Leerstand:** Durch den gezielten Tausch bleiben Wohnungen nicht unnötig ungenutzt.

Maßnahmen zur Umsetzung

- **Einrichtung einer städtischen Wohnungstauschplattform:** Aufbau eines digitalen Portals, in dem Interessierte ihre Wohnung anbieten und nach passenden Tauschpartnern suchen können.
- **Beratung und Vermittlung:** Städtische Beratungsstellen sollen Bürgerinnen und Bürgern beim Wohnungstausch helfen, von rechtlichen Fragen bis zur Organisation des Umzugs.
- **Finanzielle Anreize:** Einführung von Umzugszuschüssen oder Ermäßigungen bei der Grunderwerbsteuer für Tauschpartner, um den Wechsel zu erleichtern.
- **Kooperation mit Wohnungsunternehmen:** Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften sollen aktiv in das Programm eingebunden werden, um ihren Bestand für den Tausch zur Verfügung zu stellen.
- **Förderung von Barrierefreiheit:** Tauschwillige ältere Menschen, die in kleinere oder barrierefreie Wohnungen umziehen möchten, erhalten zusätzliche Unterstützung.

3.6 Wohnungen für Obdachlose in Hamburg

In einer Stadt wie Hamburg sollte niemand ohne ein Dach über dem Kopf leben müssen. Obdachlosigkeit ist nicht nur ein individuelles Schicksal, sondern eine soziale Herausforderung, der wir entschlossen begegnen wollen. Unser Ziel ist es, jedem Menschen ein würdiges Zuhause zu ermöglichen. Mit unserem Programm „**Wohnungen für Obdachlose**“ setzen wir auf dauerhafte und nachhaltige Lösungen, um Obdachlosigkeit in Hamburg zu bekämpfen.

Ziele unseres Programms

1. **Würde und Sicherheit für alle:** Jeder Mensch hat das Recht auf ein sicheres Zuhause. Unser Programm stellt Wohnungen bereit, die obdachlosen Menschen Stabilität und Perspektiven bieten.
2. **Nachhaltige Integration:** Mit begleitenden Hilfsangeboten unterstützen wir Obdachlose dabei, wieder dauerhaft am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.
3. **Prävention statt Eskalation:** Durch frühzeitige Maßnahmen verhindern wir, dass Menschen in die Obdachlosigkeit abrutschen.

Maßnahmen zur Umsetzung

- **Housing-First-Ansatz:** Wir setzen auf ein bewährtes Modell, bei dem obdachlose Menschen zuerst eine Wohnung erhalten und anschließend die notwendige Unterstützung, z. B. durch Sozialarbeit, Suchtberatung und psychologische Betreuung.
- **Bereitstellung von Wohnungen:** Schaffung und Bereitstellung von mindestens **100 Wohnungen pro Jahr** speziell für obdachlose Menschen, sowohl durch den Neubau als auch durch die Umwidmung leerstehender Immobilien.
- **Unterstützungsnetzwerk:** Aufbau eines umfassenden Betreuungsnetzwerks mit Sozialarbeitern, die den Übergang in ein eigenständiges Leben erleichtern.
- **Notunterkünfte als Übergang:** Verbesserung und Erweiterung der Notunterkünfte, die als erster Schritt in den Wohnungsmarkt dienen.
- **Kooperation mit Wohnungsunternehmen:** Zusammenarbeit mit städtischen Wohnungsbaugesellschaften und privaten Vermietern, um zusätzlichen Wohnraum zu sichern.
- **Präventionsprogramme:** Unterstützung von Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind, z. B. durch Schuldnerberatung oder Mietschuldübernahmen.

3.7 Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in Hamburg

Ein starker öffentlicher Nahverkehr (ÖPNV) ist das Rückgrat einer nachhaltigen, modernen und lebensfreundlichen Stadt. In Hamburg wollen wir den ÖPNV deutlich ausbauen, um eine umweltfreundliche Mobilität für alle zu gewährleisten, den Verkehr zu entlasten und die Lebensqualität zu steigern. Unser Ziel ist ein leistungsfähiger, bezahlbarer und klimafreundlicher ÖPNV, der Hamburg noch besser miteinander verbindet.

Ziele unseres Programms

1. **Mehr Verbindungen, kürzere Wege:** Jeder Stadtteil, auch in den Außenbezirken, soll gut erreichbar sein.
2. **Attraktivität steigern:** Der ÖPNV soll günstiger, schneller und komfortabler werden, um mehr Menschen zum Umsteigen zu motivieren.
3. **Klimaschutz fördern:** Durch den Ausbau des ÖPNV leisten wir einen entscheidenden Beitrag zur Reduzierung von CO₂-Emissionen.

Maßnahmen zur Umsetzung

- **Netzausbau:**
 - Erweiterung der U- und S-Bahn-Netze, insbesondere in Richtung wachsender Stadtteile und Randgebiete.
 - Einführung neuer Buslinien und Verdichtung der Taktzeiten, insbesondere in den Hauptverkehrszeiten.
- **Barrierefreiheit:**
 - Alle Bahnhöfe und Haltestellen sollen bis zum 31.12.2030 vollständig barrierefrei sein.

- Investitionen in moderne Fahrzeuge mit barrierefreien Einstiegen.
- **Umweltfreundliche Technologien:**
 - Beschleunigter Umstieg auf eine vollständig emissionsfreie Busflotte bis 2030.
 - Ausbau von Park-and-Ride-Plätzen und Ladestationen für E-Bikes an Bahnhöfen.
- **Innovationen fördern:**
 - Ausbau digitaler Dienste wie Echtzeit-Apps, Routenplaner und flexible Buchungssysteme.
 - Pilotprojekte für autonome Shuttles in ausgewählten Stadtteilen.
- **Verknüpfung mit dem Umland:**
 - Verbesserung der Anbindungen an die umliegenden Städte und Gemeinden, um Pendlerströme zu optimieren.

3.8 Mobilitätskonzept für alle Verkehrsteilnehmer in Hamburg

Eine moderne und lebenswerte Stadt wie Hamburg braucht ein ganzheitliches Mobilitätskonzept, das die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer berücksichtigt. Unser Ziel ist ein Mobilitätssystem, das Fußgänger, Radfahrer, Autofahrer und Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs miteinander verbindet, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, Staus zu reduzieren und die Lebensqualität in unserer Stadt zu verbessern.

Ziele unseres Mobilitätskonzepts

1. **Gleichberechtigung im Verkehr:** Alle Verkehrsteilnehmer sollen sicher und komfortabel unterwegs sein können.
2. **Nachhaltigkeit fördern:** Umweltschonende Verkehrsformen wie Radfahren und der ÖPNV sollen Vorrang erhalten.
3. **Effizienz und Sicherheit:** Weniger Staus, klare Verkehrsführungen und sichere Wege für alle.

Maßnahmen zur Umsetzung:

Für den Radverkehr:

- **Ausbau des Radwegenetzes:** Lückenlose und sichere Radwegeverbindungen in allen Stadtteilen, auch in den Randgebieten.
- **Fahrradschnellwege:** Einrichtung von Radschnellwegen für Pendler, die zentrale Punkte Hamburgs miteinander verbinden.
- **Mehr Abstellmöglichkeiten:** Ausbau von sicheren Fahrradparkplätzen an Bahnhöfen, Einkaufszentren und öffentlichen Plätzen.

Für den Fußgängerverkehr:

- **Sichere und breite Gehwege:** Umgestaltung enger und unübersichtlicher Wege, um Fußgängern mehr Platz zu bieten.
- **Barrierefreiheit:** Alle Wege und Übergänge sollen auch für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen zugänglich sein.
- **Sicherere Querungen:** Bessere Ampelschaltungen und zusätzliche Zebrastreifen, insbesondere in Schul- und Wohngebieten.

Für den ÖPNV:

- **Taktverdichtung und Netzausbau:** Häufigere Verbindungen und bessere Erreichbarkeit auch in den Abendstunden und am Wochenende.
- **Verknüpfung der Verkehrsmittel:** Ausbau von Park-and-Ride-Anlagen und Fahrradstationen an Bahnhöfen.

Für den motorisierten Individualverkehr:

- **Effiziente Verkehrsführung:** Optimierung der Ampelschaltungen und intelligente Verkehrssteuerung zur Vermeidung von Staus.
- **Förderung emissionsfreier Fahrzeuge:** Ausbau des Netzes an Ladesäulen für Elektroautos und Förderung von E-Carsharing-Angeboten.
- **Parkraumkonzept:** Schaffung von Anwohnerparkzonen und Reduzierung von Parksuchverkehr in Innenstadtnähe.

3.9 Intelligentes Baustellenmanagement für Hamburg

Hamburg ist eine dynamische Metropole, die kontinuierlich wächst und sich weiterentwickelt. Um den Herausforderungen des urbanen Lebens gerecht zu werden, setzen wir uns für ein intelligentes Baustellenmanagement ein. Unser Ziel ist es, die Effizienz von Bauprojekten zu steigern, Verkehrsbehinderungen zu minimieren und die Lebensqualität der Hamburgerinnen und Hamburger zu verbessern.

Ziele unseres Programms

1. Optimierung der Baustellenplanung

- Einführung eines digitalen Baustellenmanagementsystems zur besseren Koordination von Bauprojekten.
- Frühzeitige Information der Anwohner über geplante Bauvorhaben und deren Dauer.

2. Echtzeit-Überwachung und -Steuerung

- Implementierung von Sensoren und IoT-Technologien zur Überwachung von Baustellen in Echtzeit.
- Nutzung von Datenanalysen zur Identifizierung von Engpässen und zur Optimierung der Arbeitsabläufe.

3. Nachhaltigkeit im Fokus

- Förderung umweltfreundlicher Baustellenpraktiken, wie z.B. den Einsatz von recycelbaren Materialien und emissionsarmen Maschinen.
- Integration von grünen Flächen in Bauprojekte zur Verbesserung des Stadtklimas.

4. Bürgerbeteiligung und Transparenz

- Schaffung einer Plattform, auf der Bürgerinnen und Bürger Informationen zu laufenden und geplanten Baustellen abrufen können.
- Regelmäßige Informationsveranstaltungen, um Anregungen aus der Bevölkerung aufzunehmen.

5. Intermodale Verkehrsanbindung

- Sicherstellung einer optimalen Anbindung öffentlicher Verkehrsmittel an Baustellen, um Verkehrsbehinderungen zu reduzieren.
- Förderung alternativer Transportmittel wie Fahrräder oder E-Scooter während der Bauzeiten.

6. Schulung und Weiterbildung

- Unterstützung von Fachkräften durch Schulungsprogramme im Bereich modernes Baustellenmanagement.
- Zusammenarbeit mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen zur Entwicklung innovativer Lösungen.

3.10 Hamburg als Stadt der Kinder und Familien stärken

Eine lebenswerte Stadt für alle bedeutet auch, dass jeder Zugang zu ausreichenden und gut gestalteten Freizeitmöglichkeiten hat. Spielplätze und Freizeitflächen sind entscheidend für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sowie für die Lebensqualität aller Bürgerinnen. Wir setzen uns dafür ein, dass Hamburg flächendeckend mit attraktiven, sicheren und vielfältigen Spielplätzen und Freizeitflächen ausgestattet wird, die allen Altersgruppen und Bedürfnissen gerecht werden.

Unsere Kernpunkte:

- 1. Flächendeckende Verfügbarkeit von Spielplätzen und Freizeitflächen:** Jede*r in Hamburg soll schnell und einfach Zugang zu gut ausgestatteten Spielplätzen und Freizeitflächen haben – unabhängig vom Stadtteil, sozialen Hintergrund oder Alter. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Stadtteile mit modernen, sicheren und attraktiven Spielplätzen ausgestattet werden, die sowohl für kleinere Kinder als auch für ältere Kinder und Jugendliche geeignet sind. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den Randgebieten und weniger dicht besiedelten Stadtteilen.
- 2. Vielfalt und Inklusion fördern:** Spielplätze und Freizeitflächen sollen nicht nur für Kinder, sondern auch für Erwachsene und ältere Menschen ein Ort der Erholung und Begegnung sein. Wir fördern die Schaffung von generationenübergreifenden Freiflächen, die ein vielfältiges Freizeitangebot bieten – von Sportmöglichkeiten über Erholungsräume bis hin zu

Spielplätzen, die sowohl für gesunde Kinder als auch für Kinder mit Behinderungen geeignet sind. Barrierefreiheit wird dabei stets berücksichtigt.

3. **Qualität und Quantität:** Wir setzen uns dafür ein, dass Spielplätze und Freizeitflächen nicht nur zahlreich, sondern auch qualitativ hochwertig sind. Dazu gehören gut durchdachte Gestaltungskonzepte mit abwechslungsreichen Spielgeräten, naturnahen Elementen, Bewegungsflächen und Ruhebereichen. Der Fokus liegt auf einer umweltfreundlichen und nachhaltigen Gestaltung, die gleichzeitig den Bedürfnissen der Nutzer*innen gerecht wird.
4. **Grünflächen als integrale Bestandteile der Spiel- und Freizeitflächen:** Wir möchten, dass Spielplätze und Freizeitflächen nicht nur als isolierte Orte betrachtet werden, sondern in ein umfassendes Netzwerk von Grünflächen eingebunden sind. Naturnahe Spielräume, die zum Forschen, Entdecken und Spielen in der Natur einladen, sind uns besonders wichtig. Mehr Grün und Natur in der Stadt stärken das Wohlbefinden und die Gesundheit der Stadtbewohner*innen und verbessern das Mikroklima.
5. **Beteiligung der Anwohner*innen bei der Planung:** Die Gestaltung von Spielplätzen und Freizeitflächen sollte stets die Wünsche und Bedürfnisse der Anwohner*innen berücksichtigen. Wir setzen uns für transparente Planungsprozesse und Bürgerbeteiligung ein, bei denen Kinder, Jugendliche und ihre Familien aktiv in die Planung und Gestaltung von neuen Spielplätzen und Freizeitflächen eingebunden werden. Ihre Ideen und Vorschläge sind uns wichtig und werden in den Entwicklungsprozess aufgenommen.
6. **Pflege und Instandhaltung sicherstellen:** Damit Spielplätze und Freizeitflächen tatsächlich ein Ort der Freude und des sicheren Spiels bleiben, ist eine regelmäßige Wartung und Instandhaltung unerlässlich. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt ausreichend Mittel für die Pflege und den Erhalt der bestehenden sowie neu geschaffenen Spielplätze und Freizeitflächen bereitstellt, um einen kontinuierlichen, sicheren Betrieb zu gewährleisten.

4. Bildung, Partizipation und Chancengleichheit

4.1 Einführung des anonymen Bewerbungsverfahrens in Hamburg

Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt aufgrund von Herkunft, Geschlecht, Alter, Religion oder anderen persönlichen Merkmalen ist ein weit verbreitetes Problem, das wir in Hamburg entschlossen angehen wollen. Ein anonymes Bewerbungsverfahren ist ein wichtiger Schritt hin zu einer faireren und gleichberechtigteren Arbeitswelt. Wir setzen uns dafür ein, dass Hamburg als Vorreiter für Chancengleichheit auftritt und den Weg für mehr Diversität und Gerechtigkeit im Bewerbungsprozess ebnet.

Unsere Kernpunkte:

1. **Einführung des anonymen Bewerbungsverfahrens:** Wir fordern, dass bei öffentlichen Stellen und in Unternehmen, die mit der Stadt Hamburg zusammenarbeiten, anonymisierte Bewerbungsverfahren zur Standardpraxis werden. Dabei werden persönliche Daten, die zu Diskriminierung führen könnten (wie Name, Geschlecht, Herkunft oder Alter), in der ersten

Bewerbungsphase nicht berücksichtigt. Nur die Qualifikationen und Erfahrungen der Bewerber*innen zählen – so schaffen wir gleiche Chancen für alle.

2. **Förderung von Diversität im Arbeitsmarkt:** Das anonyme Bewerbungsverfahren hilft dabei, bestehende Vorurteile und unbewusste Diskriminierung zu überwinden. Mit einer anonymisierten Bewerbung bekommen alle Bewerber*innen die gleiche Chance, sich ausschließlich aufgrund ihrer Fähigkeiten und Qualifikationen zu beweisen. Wir fördern so ein Arbeitsumfeld, das die Vielfalt der Stadt widerspiegelt und talentierte Menschen aus allen Bereichen der Gesellschaft fördert.
3. **Sensibilisierung und Schulung für Personalverantwortliche:** Die Einführung eines anonymen Bewerbungsverfahrens ist nur ein erster Schritt. Wir setzen uns dafür ein, dass Personalverantwortliche in Hamburg regelmäßig geschult werden, um unbewusste Vorurteile zu erkennen und eine diskriminierungsfreie Auswahl zu treffen. Weiterhin soll die Sensibilisierung für Diversität und Chancengleichheit im gesamten Personalprozess gestärkt werden.
4. **Erweiterung der Anonymisierung auf alle Bewerbungen:** Wir setzen uns dafür ein, dass auch private Unternehmen und mittelständische Betriebe die Möglichkeit erhalten, anonyme Bewerbungsverfahren einzuführen. Dazu sollen Anreize und Unterstützung durch die Stadt geschaffen werden, damit der anonymisierte Bewerbungsprozess flächendeckend angewendet wird und nicht nur im öffentlichen Sektor.
5. **Monitoring und Evaluation:** Die Wirkung des anonymen Bewerbungsverfahrens soll regelmäßig überprüft und evaluiert werden. Wir fordern ein transparentes Monitoring, um sicherzustellen, dass die Einführung dieses Verfahrens tatsächlich zu mehr Chancengleichheit und einer gerechteren Arbeitsmarktverteilung führt. Bei Bedarf sollen Anpassungen vorgenommen werden, um eine noch effektivere Umsetzung zu gewährleisten.

Fazit: Ein anonymes Bewerbungsverfahren ist ein entscheidender Schritt hin zu einer gerechteren und inklusiveren Arbeitswelt. Hamburg kann als Modellstadt vorangehen und zeigen, wie eine faire Chance für alle – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Alter – geschaffen werden kann. Wir setzen uns für die Einführung und konsequente Umsetzung eines anonymen Bewerbungsverfahrens in Hamburg ein, um Chancengleichheit und Diversität auf dem Arbeitsmarkt nachhaltig zu fördern.

4.2 Bekenntnis zur doppelten Staatsbürgerschaft

Wir stehen für ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht, das der Realität einer vielfältigen Gesellschaft gerecht wird. Millionen Menschen mit ausländischen Wurzeln sind seit Jahrzehnten fester Bestandteil unseres Landes, doch viele von ihnen mussten sich zwischen der deutschen und der bisherigen Staatsbürgerschaft entscheiden. Diese Einschränkung war ein Hindernis für Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe.

Wir bekennen uns klar zur doppelten Staatsbürgerschaft und setzen uns für eine konsequente Umsetzung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts ein. Menschen, die hier leben, arbeiten und zur Gesellschaft beitragen, sollen nicht gezwungen werden, ihre Herkunft oder Identität aufzugeben.

Daher fordern wir:

- Die vollständige rechtliche Gleichstellung für Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft.
- Eine erleichterte Einbürgerung für alle, die dauerhaft in Deutschland leben.

- Aufklärung und Unterstützung für Bürger:innen bei der Beantragung der doppelten Staatsbürgerschaft.

Deutschland ist ein Einwanderungsland – und das muss sich auch in der Staatsangehörigkeitspolitik widerspiegeln. Die doppelte Staatsbürgerschaft ist ein Zeichen von Anerkennung und gesellschaftlicher Vielfalt.

4.3 Schulausfall effektiv bekämpfen – Für eine verlässliche Bildung in Hamburg

Bildung ist das Fundament für die Zukunft unserer Kinder und unserer Gesellschaft. In Hamburg dürfen Schulausfälle kein Hindernis für den Lernerfolg unserer Schülerinnen und Schüler sein. Unser Ziel ist eine verlässliche und qualitativ hochwertige Bildung für alle.

Unsere Maßnahmen im Überblick:

1. **Mehr qualifizierte Lehrkräfte einstellen:** Um Unterrichtsausfälle zu minimieren, setzen wir uns für die Schaffung zusätzlicher Lehrstellen ein. Wir wollen den Lehrerberuf durch attraktive Arbeitsbedingungen und gezielte Nachwuchsförderung stärken.
2. **Vertretungspools ausbauen:** Durch die Einrichtung regionaler Vertretungsteams sichern wir eine schnelle und flexible Abdeckung bei kurzfristigen Ausfällen, etwa durch Krankheit.
3. **Digitalisierung vorantreiben:** Wir wollen sicherstellen, dass digitaler Unterricht als Ergänzung oder Alternative bei Ausfällen nahtlos funktioniert. Jede Schule wird mit der notwendigen technischen Infrastruktur ausgestattet.
4. **Gesundheitsprävention für Lehrkräfte:** Um krankheitsbedingte Ausfälle zu reduzieren, fördern wir Maßnahmen zur Stressbewältigung und gesundheitlichen Vorsorge für Lehrkräfte.
5. **Kooperation mit außerschulischen Partnern:** In Zusammenarbeit mit Bildungsinitiativen und Vereinen schaffen wir zusätzliche Lernangebote, die den Unterricht ergänzen können.
6. **Transparenz und Monitoring:** Wir führen ein digitales Schulausfall-Monitoring-System ein, um Problembereiche frühzeitig zu erkennen und gezielt zu handeln.

Unser Versprechen: Kein Kind in Hamburg soll aufgrund von Unterrichtsausfällen in seiner Bildung benachteiligt werden. Mit diesen Maßnahmen schaffen wir die Grundlage für eine starke Bildung und eine erfolgreiche Zukunft.

Gemeinsam für eine bessere Bildung – Gemeinsam für Hamburg!

4.4 Kostenlose Bildung für alle – Chancengleichheit in Hamburg

Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben und einer gerechten Gesellschaft. Unser Ziel ist eine Stadt, in der alle unabhängig von ihrer sozialen oder finanziellen Situation Zugang zu hochwertiger Bildung haben – von der Kita bis zur Universität.

Unsere Vision für Hamburg:

Wir möchten, dass Bildung in Hamburg nicht nur für alle zugänglich, sondern auch kostenfrei ist. Denn Bildung darf keine Frage des Geldbeutels sein.

Unsere Maßnahmen für kostenlose Bildung:

- 1. Gebührenfreie Kitas und Horte:** Wir setzen uns dafür ein, dass alle Hamburger Kinder einen kostenlosen Zugang zu Kitas und Horten erhalten. Frühkindliche Bildung legt den Grundstein für spätere Erfolge.
- 2. Kostenlose Schulbildung:**
 - Keine Gebühren für Lehrmaterialien, Prüfungen oder Klassenfahrten.
 - Bereitstellung kostenloser digitaler Endgeräte für alle Schülerinnen und Schüler.
 - Ausweitung des kostenlosen Mittagessens auf alle Hamburger Schulen.
- 3. Kostenlose berufliche Bildung:** Wir wollen, dass der Zugang zu Ausbildungsplätzen und Berufsschulen kostenfrei bleibt, um auch jungen Erwachsenen ohne akademische Ambitionen eine starke Perspektive zu geben.
- 4. Kostenfreie Hochschulen:** Wir garantieren weiterhin die Abschaffung von Studiengebühren und schaffen zusätzliche finanzielle Unterstützungsangebote für Studierende, wie kostenlose Lehrmittel und bezahlbaren Wohnraum.
- 5. Nachhilfe:**
 - Staatlich finanzierte Nachhilfe
 - Einrichtung von Förderklassen und Gruppen
 - Ehrenamtliche Programme
 - Digitale kostenlose Plattformen
- 6. Bildungsförderung für alle Altersgruppen:**
 - Kostenfreie Angebote für Weiterbildung und Umschulungen.
 - Förderung von kostenlosen Sprachkursen für Migrantinnen und Migranten, um Integration und Teilhabe zu erleichtern.

4.5 Sprachförderung

Sprache ist nicht nur der Schlüssel zur Partizipation, sondern auch zur Chancengleichheit. Ohne solide Sprachkenntnisse bleiben Bildungschancen ungenutzt, berufliche Perspektiven eingeschränkt und die soziale Teilhabe erschwert. Insbesondere in einer weltoffenen Stadt wie Hamburg müssen wir sicherstellen, dass alle Menschen Zugang zu qualitativ hochwertiger Sprachförderung haben, unabhängig von ihrem Alter, ihrem Geschlecht oder ihrer sozialen Situation.

Unsere Vision: Jeder Hamburger soll die Möglichkeit haben, die deutsche Sprache in einem Umfang zu erlernen, der ein selbstbestimmtes und erfolgreiches Leben ermöglicht. Dafür setzen wir auf gezielte Maßnahmen, die an den individuellen Bedürfnissen der Menschen ansetzen.

Unsere Maßnahmen:

1. Kostenlose und niederschwellige Sprachkurse für alle

- Flächendeckendes Angebot: Aufbau eines Netzwerks aus öffentlichen und privaten Trägern, um in allen Stadtteilen ein kostenloses Angebot an Sprachkursen zu schaffen.
- Flexible Zeitpläne: Kurse am Morgen, Abend und Wochenende, um berufstätigen Menschen und Eltern die Teilnahme zu erleichtern.
- Online-Optionen: Bereitstellung von kostenlosen digitalen Kursen und Lernplattformen, damit auch Menschen mit eingeschränkter Mobilität oder unregelmäßigen Zeitplänen von zu Hause auslernen können.

2. Sprachförderung in der frühkindlichen Bildung

- Sprachlernprogramme in Kitas: Einführung von altersgerechten, spielerischen Sprachförderkonzepten, die fester Bestandteil des Kita-Alltags werden.
- Ausbildung von Erziehern: Verpflichtende Weiterbildung für pädagogische Fachkräfte im Bereich der Sprachförderung, um sicherzustellen, dass sie Kinder bestmöglich unterstützen können.
- Zweisprachige Bildungsansätze: Förderung von Ansätzen, die die Muttersprache der Kinder wertschätzen und gleichzeitig die Integration in die deutsche Sprache stärken.

3. Spezifische Angebote für Frauen

- Kombination von Sprachkursen und Kinderbetreuung: Einrichtung von Sprachlernzentren mit kostenfreier Kinderbetreuung, um Frauen die Teilnahme zu ermöglichen.
- Frauen als Multiplikatorinnen: Schulungsprogramme, die Frauen befähigen, in ihren Communities als Sprachbotschafterinnen zu wirken und andere Frauen zu unterstützen.
- Zusammenarbeit mit Frauennetzwerken: Kooperation mit lokalen Organisationen, um Sprachförderung auf die spezifischen Bedürfnisse von Frauen, etwa in patriarchalisch geprägten Familien, auszurichten.

4. Sprachförderung im Schulalltag

- Intensive Sprachlernklassen: Erweiterung und Professionalisierung von Deutschförderklassen an Schulen, insbesondere für neu zugezogene Kinder und Jugendliche.
- Förderunterricht für Schüler mit Sprachdefiziten: Regelmäßige Zusatzangebote im Rahmen des regulären Unterrichts oder als Nachmittagsprogramm.
- Elternintegration: Sprachkurse für Eltern, die parallel zum Schulalltag ihrer Kinder laufen, um eine ganzheitliche Förderung der Familien zu gewährleisten.

5. Förderung der Mehrsprachigkeit

- Integration von Herkunftssprachen: Förderung von Mehrsprachigkeit als wertvolle Ressource, etwa durch muttersprachlichen Unterricht oder bilinguale Klassenmodelle.
- Anerkennung von Sprachkompetenzen: Entwicklung eines Zertifizierungssystems für sprachliche Fähigkeiten, das auch informell erworbene Kenntnisse anerkennt.

6. Finanzierung und Ressourcen

- Städtisches Förderprogramm: Bereitstellung eines speziellen Budgets für Sprachfördermaßnahmen durch die Stadt Hamburg.
- Kooperation mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Einbindung von Unternehmen, die durch Spenden oder als Partner zur Finanzierung von Kursen und Materialien beitragen.

- Förderung ehrenamtlicher Angebote: Unterstützung von Initiativen wie Nachbarschaftshilfen oder Tandemprogrammen, bei denen Hamburger Migranten im Sprachlernen unterstützen.
- Langfristiges Ziel: Hamburg soll als Modellstadt für erfolgreiche Integration durch Sprachförderung vorangehen. Wir wollen nicht nur Chancengleichheit schaffen, sondern auch die sozialen und wirtschaftlichen Potenziale aller Hamburger voll entfalten.

4.6 Anerkennung ausländischer Abschlüsse

Viele Migranten kommen mit wertvollen beruflichen Qualifikationen nach Deutschland, die in ihren Herkunftsländern anerkannt sind. Diese Abschlüsse könnten einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten und die wirtschaftliche und soziale Integration fördern. Doch häufig scheitert die berufliche Eingliederung an langwierigen und undurchsichtigen Anerkennungsverfahren. Dies führt nicht nur zu Frustration bei den Betroffenen, sondern auch zu einem Verlust an Potenzialen für die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt.

Unsere Vision: Wir wollen Hamburg zu einer Vorreiterstadt bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse machen. Durch klare, schnelle und unterstützende Prozesse sollen Migranten die Chance erhalten, ihre Qualifikationen vollständig einzubringen und eine ihrer Ausbildung entsprechende Beschäftigung zu finden.

Unsere Maßnahmen:

1. Vereinfachte und beschleunigte Anerkennungsverfahren

- Zentrale Anlaufstelle in Hamburg: Einrichtung eines städtischen Kompetenzzentrums für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse, das alle relevanten Prozesse koordiniert.
- Klar definierte Prozesse: Einführung eines standardisierten und transparenten Anerkennungsverfahrens mit festen Bearbeitungszeiten, um lange Wartezeiten zu vermeiden.
- Digitalisierung: Bereitstellung eines digitalen Portals, über das Anträge schnell und papierlos eingereicht und der Bearbeitungsstatus in Echtzeit verfolgt werden kann.
- Automatische Anerkennung: Für Abschlüsse aus Ländern mit ähnlichen Ausbildungssystemen und anerkannten Institutionen soll eine automatische Anerkennung möglich sein.

2. Beratung und Unterstützung

- Informationszentren in allen Bezirken: Aufbau lokaler Beratungsstellen, die Migranten bei der Anerkennung ihrer Abschlüsse und der Navigation durch das deutsche System unterstützen.
- Individuelle Fallberatung: Bereitstellung von Experten, die persönliche Beratung anbieten, um spezifische Fragen zu klären und individuelle Lösungen zu finden.
- Kooperation mit Arbeitgebern: Aufbau von Partnerschaften mit Unternehmen, um Anerkennungsverfahren praxisnah zu gestalten und passende Beschäftigungsmöglichkeiten zu fördern.
- Mehrsprachige Angebote: Bereitstellung von Informationsmaterial und Beratung in verschiedenen Sprachen, um sprachliche Barrieren zu reduzieren.

3. Nachqualifizierung und Anpassungsfortbildungen

- Gezielte Nachschulungen: Aufbau eines Weiterbildungsprogramms für Migranten, die kleinere Anpassungen oder Zusatzqualifikationen benötigen, um ihre Abschlüsse vollständig anerkennen zu lassen.

- Berufsbegleitende Programme: Angebote, die mit Teilzeitjobs oder anderen Verpflichtungen vereinbar sind, z. B. Abend- oder Wochenendkurse.
- Online-Kurse und E-Learning: Entwicklung von digitalen Weiterbildungsangeboten, die flexibel genutzt werden können.

4. Finanzielle Förderung

- Zuschüsse und Darlehen: Einführung eines speziellen Förderprogramms für Migranten, das finanzielle Unterstützung für notwendige Nachqualifikationen, Prüfungen oder Anerkennungsverfahren bietet.
- Gebührenfreiheit für Geringverdiener: Für Personen mit geringem Einkommen sollen die Kosten für Anerkennungsverfahren vollständig übernommen werden.
- Stipendienprogramm für Fachkräfte: Einführung eines speziellen Stipendienprogramms für besonders gefragte Berufsgruppen, z. B. im Gesundheitswesen oder in der IT.

5. Integration in den Arbeitsmarkt

- Netzwerkplattformen: Aufbau einer Jobbörse, die Migranten mit anerkannten Abschlüssen gezielt mit Unternehmen in Hamburg vernetzt.
- Berufliches Mentoring: Schaffung von Mentoring-Programmen, bei denen erfahrene Fachkräfte Migranten beim Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt unterstützen.
- Förderung von Anerkennungskampagnen: Öffentlichkeitsarbeit, um Arbeitgeber für die Vorteile der Einstellung von Fachkräften mit ausländischen Abschlüssen zu sensibilisieren.

6. Förderung von Ausbildungsäquivalenzen

- Erleichterung bilateraler Anerkennung: Zusammenarbeit mit anderen Ländern, um gegenseitige Anerkennungsabkommen zu fördern und die Verfahren weiter zu vereinfachen.
- Pilotprojekte in Schlüsselbranchen: Einführung von Modellprojekten in Bereichen wie Pflege, Ingenieurwesen und IT, um schnelle und effiziente Verfahren zu testen.

Langfristiges Ziel:

Wir wollen, dass Migranten ihre Qualifikationen voll nutzen können und sich entsprechend ihrer Kompetenzen in Hamburg einbringen. Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse ist nicht nur ein Beitrag zur Integration, sondern auch ein wichtiger Schritt, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen und Hamburg als weltoffene Stadt zu stärken.

4.7 Antidiskriminierung

Diskriminierung ist eine tiefgreifende Ungerechtigkeit, die das Leben vieler Menschen beeinträchtigt. Sie betrifft verschiedene Lebensbereiche wie Bildung, Arbeit, Wohnen und den Alltag. Solche Erfahrungen führen nicht nur zu individuellen Belastungen, sondern auch zu einem Verlust des Vertrauens in die Gesellschaft und deren Institutionen. Hamburg als weltoffene und diverse Stadt muss ein Vorbild im Umgang mit Diskriminierung sein und allen Menschen die gleichen Rechte und Chancen garantieren.

Unsere Vision: Eine diskriminierungsfreie Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, Behinderung, oder sozialem Status die gleichen Chancen haben und in der Vielfalt als Stärke wahrgenommen wird.

Unsere Maßnahmen:

1. Städtische Antidiskriminierungsstellen

- Flächendeckendes Netz an Beratungsstellen: Einrichtung von Antidiskriminierungsstellen in allen Hamburger Bezirken, die leicht erreichbar sind. Diese sollen umfassende Unterstützung für Betroffene bieten, einschließlich rechtlicher, psychologischer und sozialer Beratung.
- Mobile Antidiskriminierungsteams: Aufbau von mobilen Teams, die in Schulen, Unternehmen und anderen Einrichtungen Aufklärungsarbeit leisten und bei Konflikten vor Ort intervenieren können.
- Monitoring und Berichtswesen: Einführung eines jährlichen Antidiskriminierungsberichts, der Vorfälle dokumentiert und die Wirksamkeit der Maßnahmen bewertet.
- Präventive Arbeit: Beratung von Schulen, Unternehmen und Institutionen zum Aufbau eines wirksamen Diversity-Managements und zur Einführung diskriminierungsfreier Praktiken.

2. Strengere gesetzliche Sanktionen

- Schärfere Strafen: Einführung härterer Sanktionen für diskriminierendes Verhalten, insbesondere am Arbeitsplatz und in Bildungseinrichtungen, etwa durch empfindliche Geldbußen und disziplinarische Maßnahmen.
- Diskriminierungsschutz in Schulen und Kitas: Verpflichtende Einführung von Anti-Mobbing- und Anti-Diskriminierungsrichtlinien in allen Bildungseinrichtungen.
- Stärkung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG): Forderung nach einer Erweiterung des AGG auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens, einschließlich Wohnungsmarkt und Freizeitaktivitäten.
- Schutz vor Diskriminierung im öffentlichen Dienst: Einführung spezieller Schulungen und Maßnahmen für Beschäftigte im öffentlichen Dienst, um sicherzustellen, dass Diskriminierung im Umgang mit Bürgern nicht stattfindet.

3. Aufklärung und Sensibilisierung

- Kampagnen für Vielfalt: Start von stadtweiten Kampagnen, um ein Bewusstsein für die Problematik der Diskriminierung zu schaffen. Themen wie Rassismus, Sexismus, Islamfeindlichkeit und andere Formen der Diskriminierung sollen im Mittelpunkt stehen.
- Workshops und Schulungen: Einführung von Sensibilisierungsschulungen in Schulen, Unternehmen und Verwaltungen, um Diskriminierung vorzubeugen und den Umgang mit Vielfalt zu fördern.
- Mediale Präsenz: Nutzung von Medien, einschließlich sozialer Medien, um positive Beispiele für Vielfalt und Inklusion hervorzuheben und Diskriminierung sichtbar zu machen.
- Antirassismus-Initiativen stärken: Ausbau der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich gegen Diskriminierung und für eine vielfältige Gesellschaft einsetzen.

4. Bildung als Schlüssel

- Antidiskriminierungsbildung in Schulen: Einführung von verpflichtenden Modulen zu Vielfalt, Antidiskriminierung und Menschenrechten in den Lehrplänen aller Schulen.
- Empowerment-Programme für Jugendliche: Entwicklung von Programmen, die besonders betroffene Jugendliche stärken und sie zu Multiplikatoren in ihrem Umfeld machen.
- Fokus auf interkulturelles Lernen: Förderung von Projekten, die interkulturelles Verständnis und Toleranz in Schulen und Jugendzentren fördern.

5. Unterstützung von Unternehmen

- **Diversity-Zertifizierung:** Einführung eines städtischen Siegels für Unternehmen, die vorbildlich im Umgang mit Vielfalt und Antidiskriminierung sind.
- **Förderprogramme für diskriminierungsfreie Unternehmenskultur:** Unterstützung von Betrieben bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung von Vielfalt und Inklusion.

6. Finanzierung und Ressourcen

- **Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen:** Finanzielle Unterstützung für Organisationen, die sich für Antidiskriminierung einsetzen, etwa durch Projektförderungen und langfristige Zuschüsse.
- **Städtisches Budget für Antidiskriminierung:** Einrichtung eines speziellen Budgets, das für Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung und die Förderung von Vielfalt verwendet wird.

Langfristiges Ziel:

Hamburg soll eine Stadt werden, in der Diskriminierung keinen Platz hat und in der Vielfalt gelebt wird. Durch die Kombination von Aufklärung, Prävention und Sanktionen wollen wir eine Kultur der Akzeptanz schaffen, die allen Menschen gleiche Chancen bietet und das Vertrauen in unsere Gesellschaft stärkt.

4.8 Keine Diskriminierung und kein Ausschluss wegen einer Kopfbedeckung

Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Bürger unabhängig von Herkunft, Religion oder Weltanschauung gleichberechtigt und respektvoll behandelt wird. Diskriminierung aufgrund äußerer Merkmale, wie dem Tragen eines Kopftuchs, darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben.

Das Kopftuch ist für viele Frauen ein Ausdruck ihrer religiösen Überzeugung und persönlicher Identität. Wir lehnen jegliche Formen von Benachteiligung und Ausschluss ab – ob im Bildungssystem, auf dem Arbeitsmarkt oder im öffentlichen Leben. Stattdessen fördern wir eine offene, diverse und inklusive Gesellschaft, die individuelle Entscheidungen respektiert und unterstützt.

Unsere Maßnahmen umfassen:

- **Rechtliche Absicherung gegen Diskriminierung:** Verstärkter Schutz durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG).
- **Sensibilisierung und Bildung:** Kampagnen und Workshops zur Aufklärung über Vielfalt und Akzeptanz.
- **Förderung von Chancengleichheit:** Unterstützung von Projekten, die den Zugang zu Bildung und Arbeitsplätzen für alle garantieren.
- **Strikte Neutralität im öffentlichen Dienst:** Niemand darf aufgrund seiner religiösen Kleidung vom öffentlichen Dienst ausgeschlossen werden, sofern die Werte der Verfassung geachtet werden.

4.9 Interkulturelle Bildung

In einer globalisierten und vielfältigen Gesellschaft ist Bildung der Schlüssel, um kulturelle Unterschiede zu verstehen und anzuerkennen. Interkulturelle Bildung fördert nicht nur Toleranz, sondern stärkt den sozialen Zusammenhalt und die Fähigkeit, in einer vielfältigen Welt erfolgreich zu agieren. Kinder und Jugendliche sollen frühzeitig lernen, kulturelle Vielfalt als Bereicherung zu begreifen und Diskriminierung entgegenzutreten.

Unsere Vision: Schulen sollen nicht nur Orte der Wissensvermittlung, sondern auch Brückenbauer zwischen Kulturen sein. Interkulturelle Bildung muss als fester Bestandteil des Bildungssystems etabliert werden, um eine generationenübergreifende Offenheit und Akzeptanz zu fördern.

Unsere Maßnahmen

1. Lehrplanreform: Interkulturelle Bildung als integraler Bestandteil

- Kulturelle Vielfalt in den Lehrplänen:
- Themen wie kulturelle Vielfalt, Rassismus, Migration, interkulturelle Kommunikation und globale Gerechtigkeit sollen systematisch in die Lehrpläne integriert werden.
- Diese Inhalte sollen nicht nur in Fächern wie Geschichte, Sozialkunde und Religion, sondern auch in Naturwissenschaften, Kunst und Sport berücksichtigt werden.
- Projektbasierter Unterricht: Einführung interkultureller Projekte, in denen Schülern beispielsweise Lebensrealitäten in anderen Ländern erforschen oder mit internationalen Partnern kooperieren.
- Sensibilisierung für Diskriminierung und Vorurteile:
- Thematische Einheiten, die sich mit den psychologischen und sozialen Mechanismen von Vorurteilen und Diskriminierung befassen.

2. Interkultureller Austausch als fester Bestandteil

- Partnerschaften zwischen Schulen:
- Aufbau eines Netzwerks von Partnerschulen in anderen Ländern, aber auch innerhalb Hamburgs, um den Austausch zwischen unterschiedlichen kulturellen Gruppen zu fördern.
- Internationale Projekte und Schüleraustausch:
- Jeder Schüler soll mindestens einmal während der Schulzeit die Möglichkeit erhalten, an einem interkulturellen Austausch teilzunehmen, sei es durch Besuche im Ausland, Online-Projekte oder Exkursionen in andere Stadtteile.
- Finanzielle Unterstützung durch die Stadt, um allen Kindern, unabhängig vom sozialen Status, die Teilnahme zu ermöglichen.
- Kulturelle Begegnungstage
- Regelmäßige Veranstaltungen, bei denen Schüler verschiedene Kulturen durch Präsentationen, Workshops und gemeinsames Kochen oder Musizieren kennenlernen.

3. Ausbildung von Lehrkräften: Interkulturelle Kompetenz stärken

- Interkulturelle Ausbildung als Standard:
- Interkulturelle Kompetenz muss ein verpflichtender Bestandteil der Lehrerausbildung und der Weiterbildung für bestehende Lehrkräfte werden.
- Themen wie Diversität, Konfliktlösung in multikulturellen Gruppen und Anti-Diskriminierung sollen in die Ausbildung integriert werden.
- Schulungen für alle Pädagogen:

- Einführung regelmäßiger Fortbildungen, um Lehrer auf die Herausforderungen und Chancen multikultureller Klassen vorzubereiten.
- Einsatz von interkulturellen Fachkräften:
- Anstellung von interkulturellen Trainern, die Schulen beratend zur Seite stehen und Workshops für Schüler und Lehrkräfte anbieten.

4. Förderung der interkulturellen Bildung in außerschulischen Kontexten

- Jugendzentren und Vereine als Bildungspartner:
- Zusammenarbeit mit Jugendzentren, kulturellen Einrichtungen und Vereinen, um interkulturelle Bildung auch außerhalb der Schule anzubieten.
- Förderung von interkulturellen Projekten:
- Finanzielle Unterstützung für außerschulische Projekte, die Begegnungen zwischen verschiedenen Kulturen ermöglichen, wie gemeinsame Theater- oder Kunstprojekte.
- Digitale Plattformen für interkulturelle Bildung:
- Entwicklung einer digitalen Plattform, die Lernmaterialien, interaktive Übungen und Vernetzungsmöglichkeiten für Schüler*innen und Lehrkräfte bietet.

5. Mehrsprachigkeit fördern

- Ausbau von bilingualen Schulen oder Klassen
- Zusammenarbeit mit anderen Ländern: Aufbau internationaler Partnerschaften, um Lehrer*innen und pädagogische Konzepte auszutauschen, die den bilingualen Unterricht bereichern.
- Förderung von Muttersprachen
- Kostenlose Sprachkurse

Langfristiges Ziel:

Hamburg soll Vorreiter in der interkulturellen Bildung werden. Unsere Schulen und Bildungseinrichtungen sollen eine neue Generation von weltoffenen, empathischen und verantwortungsvollen Bürgern hervorbringen, die Vielfalt als Stärke begreifen und in einer globalisierten Welt erfolgreich agieren können.

4.10 Medienkompetenz und digitales Wissen ab der Grundschule – Hamburg fit für die Zukunft machen

Die Digitalisierung prägt unsere Gesellschaft, Arbeitswelt und das tägliche Leben wie nie zuvor. Um unsere Kinder optimal auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten, setzen wir uns dafür ein, Medien- und Digitalwissen bereits ab der Grundschule fest im Unterricht zu verankern.

Unsere Ziele:

Wir möchten sicherstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler in Hamburg frühzeitig die notwendigen Kompetenzen erwerben, um sicher, kritisch und verantwortungsvoll mit digitalen Technologien und Medien umzugehen.

Unsere Maßnahmen:

1. Medienbildung als fester Bestandteil des Lehrplans:

- Einführung von Medien- und Digitalunterricht ab der ersten Klasse.
- Vermittlung von Grundkenntnissen wie sicherer Umgang mit dem Internet, Datenschutz, und Grundlagen der Programmierung.

2. Schulungen für Lehrkräfte:

- Umfangreiche Fortbildungsprogramme für Lehrkräfte, damit sie digitale Inhalte qualifiziert vermitteln können.
- Bereitstellung von pädagogischen Konzepten und Materialien für die Integration digitaler Medien in den Unterricht.

3. Digitale Ausstattung der Schulen:

- Jede Schule wird mit moderner Technologie wie Tablets, Laptops und interaktiven Tafeln ausgestattet.
- Flächendeckender Ausbau von WLAN in allen Schulen.

4. Förderung von kritischem Denken:

- Vermittlung von Fähigkeiten zur Erkennung von Fake News und Manipulation im Netz.
- Schulung in digitaler Ethik, um einen verantwortungsvollen Umgang mit Medien und sozialen Netzwerken zu fördern.

5. Einbindung der Eltern:

- Informationsveranstaltungen und Workshops für Eltern, um sie in die digitale Bildung ihrer Kinder einzubeziehen.
- Beratung zum sicheren Umgang mit digitalen Geräten im familiären Umfeld.

6. Partnerschaften mit der Digitalwirtschaft:

- Kooperationen mit Hamburger Unternehmen und Start-ups, um praxisnahe Projekte und Einblicke in die digitale Arbeitswelt zu ermöglichen.

4.11 Rückkehr zu G9 – Mehr Zeit für eine ganzheitliche Bildung in Hamburg

Die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre (G8) hat vielerorts zu Kritik geführt: überfüllte Stundenpläne, enormer Druck auf Schülerinnen und Schüler sowie eingeschränkte Möglichkeiten zur Persönlichkeitsentwicklung und außerschulischen Aktivitäten. Wir setzen uns für die Rückkehr zu G9 in Hamburg ein, um den Jugendlichen die Zeit zu geben, die sie für eine umfassende Bildung und Entwicklung benötigen.

Warum G9?

1. Mehr Zeit für Lernen und Vertiefung:

- Durch die Wiedereinführung von G9 können Schülerinnen und Schüler Lerninhalte nachhaltiger verstehen und vertiefen.
- Der Schulalltag wird entzerrt, wodurch Stress reduziert wird und das Lernen wieder Freude macht.

2. Förderung von Persönlichkeitsentwicklung:

- Mit G9 bleibt mehr Raum für sportliche, künstlerische und soziale Aktivitäten, die für eine ganzheitliche Bildung unerlässlich sind.
- Jugendliche erhalten die Chance, ihre Interessen und Talente besser zu entdecken und zu entfalten.

3. Entlastung von Familien:

- Der Rückgang des Schulstresses trägt zu einem harmonischeren Familienleben bei.
- Eltern profitieren von weniger Nachhilfe- und Unterstützungsbedarf.

4. Bessere Vorbereitung auf Studium und Beruf:

- Mit einem zusätzlichen Jahr haben Schülerinnen und Schüler mehr Zeit, ihre Studien- und Berufswahl sorgfältig zu treffen.
- Sie starten reifer und besser vorbereitet in die nächste Lebensphase.

Unsere Maßnahmen zur Rückkehr zu G9:

1. Gestaffelte Einführung:

- Die Rückkehr zu G9 erfolgt schrittweise, beginnend mit den neuen Jahrgangsstufen, um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten.

2. Anpassung der Lehrpläne:

- Wir sorgen dafür, dass die Lehrpläne so überarbeitet werden, dass sie sinnvoll auf neun Jahre verteilt werden und nicht bloß verlängert wirken.

3. Investitionen in Schulen:

- Ausbau von Räumlichkeiten und Ressourcen, um den zusätzlichen Jahrgang aufzunehmen.
- Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte, um die Qualität des Unterrichts sicherzustellen.

4. Begleitende Evaluation:

- Einführung von regelmäßigen Feedback-Runden mit Lehrkräften, Eltern und Schülern, um den Prozess der Umstellung zu optimieren

4.12 Abschaffung der Genderschreibweise – Klare und verständliche Sprache für Hamburg

Sprache ist ein wichtiges Werkzeug, um Menschen zu verbinden und gesellschaftliche Debatten zu führen. Die zunehmende Verwendung von Gendersternchen, Doppelpunkten und anderen Sonderzeichen hat jedoch zu kontroversen Diskussionen und teilweise zur Verunsicherung geführt. Wir setzen uns dafür ein, die verpflichtende Nutzung der Genderschreibweise in öffentlichen Institutionen und Dokumenten abzuschaffen, um eine klare und verständliche Kommunikation für alle zu gewährleisten.

Unsere Haltung:

1. Sprache für alle verständlich machen:

- Unsere Sprache muss für alle Menschen, unabhängig von Alter, Bildung oder kulturellem Hintergrund, zugänglich und leicht verständlich bleiben.
- Komplexe und umständliche Schreibweisen können Barrieren schaffen, anstatt sie abzubauen.

2. Fokus auf Gleichberechtigung statt Symbolpolitik:

- Geschlechtergerechtigkeit ist ein zentrales Anliegen, das wir durch konkrete Maßnahmen in Bildung, Arbeitswelt und Gesellschaft fördern wollen – nicht durch eine verkomplizierte Schriftsprache.

3. Freiheit in der Sprache:

- Jeder sollte frei entscheiden können, wie sie oder er schreibt und spricht. Eine verpflichtende Einführung bestimmter Schreibweisen lehnen wir ab.

Unsere Maßnahmen:

1. Abschaffung der Pflicht zur Genderschreibweise:

- In offiziellen Dokumenten und der Verwaltung Hamburgs wird eine einheitliche, genderneutrale Standardsprache verwendet, ohne Sonderzeichen wie *, :, oder _.
- Gleichzeitig wird sichergestellt, dass die Formulierungen inklusiv bleiben, beispielsweise durch neutrale Begriffe wie „Bewerbende“ statt „Bewerber*innen“.

2. Förderung von inklusiver Sprache ohne Zwang:

- Wir fördern die Entwicklung sprachlicher Alternativen, die gendersensibel, aber zugleich verständlich und natürlich sind.
- Sensibilisierung für eine inklusive Ausdrucksweise, ohne bestimmte Schreibweisen vorzuschreiben.

3. Erleichterung für Bürgerinnen und Bürger:

- Klare, leicht lesbare Kommunikation in allen Bereichen des öffentlichen Lebens.
- Abschaffung unnötiger Komplexität in Verwaltungs- und Rechtsdokumenten.

4.13 Klassenwiederholungen ermöglichen – Faire Chancen für Hamburgs Schülerinnen und Schüler

Das Verbot oder die Einschränkung von Klassenwiederholungen hat in vielen Fällen dazu geführt, dass Schülerinnen und Schüler mit Lernrückständen oder persönlichen Herausforderungen durch das Schulsystem gedrängt werden, ohne ausreichend Zeit für ihre Entwicklung zu erhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass Klassenwiederholungen in Hamburg wieder ohne Stigmatisierung und mit gezielter Unterstützung ermöglicht werden, um allen Kindern eine faire Chance auf Lernerfolg und persönliche Entwicklung zu bieten.

Warum Klassenwiederholungen?

1. Zeit zum Lernen:

- Nicht alle Schülerinnen und Schüler lernen im gleichen Tempo. Eine Wiederholung kann helfen, Wissenslücken zu schließen und den Anschluss zu finden.

2. Förderung der individuellen Entwicklung:

- Persönliche Krisen oder gesundheitliche Probleme dürfen nicht dauerhaft den schulischen Erfolg beeinträchtigen. Wiederholungen bieten die Möglichkeit, Rückstände aufzuarbeiten.

3. Abbau von Druck und Überforderung:

- Durch die Möglichkeit einer Wiederholung können Schülerinnen und Schüler ohne das Gefühl der Überforderung lernen und wachsen.

Unsere Maßnahmen für faire Klassenwiederholungen:

1. Individuelle Förderung:

- Klassenwiederholungen werden mit einem maßgeschneiderten Förderplan begleitet, der gezielt auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler eingeht.
- Zusätzliche Unterstützungsangebote wie Nachhilfe, Mentoring und psychologische Betreuung werden bereitgestellt.

2. Entstigmatisierung:

- Wir fördern eine positive Haltung gegenüber Klassenwiederholungen, indem wir sie als Chance zur Verbesserung statt als Versagen kommunizieren.
- Eltern und Lehrkräfte werden durch Informationskampagnen über die Vorteile und Möglichkeiten aufgeklärt.

3. Flexibles Wiederholungssystem:

- Einführung von flexiblen Modellen, wie das Wiederholen einzelner Fächer oder Module, anstatt eines ganzen Schuljahres.
- Förderung von alternativen Ansätzen wie Projektunterricht oder Lernwerkstätten für Wiederholende.

4. Evaluation und Beratung:

- Vor jeder Klassenwiederholung erfolgt eine ausführliche Beratung durch Lehrkräfte, Schulsozialarbeit und Eltern, um die beste Entscheidung für das Kind zu treffen.
- Regelmäßige Überprüfung, ob die Wiederholung den gewünschten Lernerfolg bringt.

4.14 Altersgemäße Sexualerziehung – Schutz und Aufklärung statt Frühsexualisierung

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf eine altersgemäße Sexualerziehung, die ihnen Orientierung bietet und sie vor Überforderung schützt. Wir setzen uns dafür ein, dass Sexualerziehung in Hamburgs Schulen verantwortungsvoll und kindgerecht gestaltet wird, ohne unangemessene Inhalte oder frühe Konfrontation mit Themen, die ihre Entwicklungsstufe überfordern.

Unsere Haltung:

1. Schutz der kindlichen Entwicklung:

- Sexualerziehung muss sich an der emotionalen und kognitiven Entwicklung der Kinder orientieren.
- Frühsexualisierung und die Einführung komplexer oder unangemessener Themen im frühen Alter lehnen wir ab.

2. Vermittlung von Werten und Wissen:

- Altersgerechte Sexualerziehung soll Werte wie Respekt, Empathie und Verantwortung vermitteln.
- Schwerpunkt auf Aufklärung über Körperbewusstsein, Gesundheit und den Schutz vor Übergriffen.

Unsere Maßnahmen:

1. Altersgerechte Lehrpläne:

- Entwicklung von Lehrplänen, die Sexualerziehung behutsam und stufenweise aufbauen – angepasst an die jeweilige Altersgruppe.
- Fokus auf biologische Grundlagen, Gesundheit und persönliche Grenzen in den frühen Jahrgangsstufen.

2. Eltern als Partner:

- Stärkere Einbindung der Eltern in die Sexualerziehung. Eltern sollen informiert und einbezogen werden, um sie als Unterstützer zu gewinnen.
- Transparenz bei Unterrichtsinhalten und Möglichkeit zum Dialog mit Lehrkräften.

3. **Förderung von Selbstschutz und Respekt:**

- Vermittlung von Wissen über persönliche Grenzen und den Schutz vor Gewalt oder Missbrauch.
- Förderung einer respektvollen Haltung gegenüber anderen und deren individuellen Entscheidungen.

4. **Qualifizierte Lehrkräfte:**

- Schulung von Lehrkräften, um sicherzustellen, dass Sexualerziehung sensibel, professionell und kindgerecht durchgeführt wird.
- Vermeidung von externen Referentinnen und Referenten ohne pädagogische Qualifikation.

5. **Vermeidung unangemessener Inhalte:**

- Keine verpflichtenden Materialien oder Themen, die nicht der Altersstufe entsprechen.
- Sicherstellung, dass Unterrichtsmaterialien klar auf die Entwicklungsstufen der Kinder abgestimmt sind.

6. **Kindgerechte Räume statt Kuschecken – klare Grenzen in der Kita:**

- In wenig einsehbaren Bereichen kann es zu Situationen kommen, die schwer kontrollierbar sind. Der Schutz der Kinder hat oberste Priorität.
- Körperliche Nähe ist ein individuelles Bedürfnis und sollte nicht institutionell gefördert oder eingefordert werden. Jedes Kind soll selbst bestimmen, wann und mit wem es Nähe sucht.

5. **Wirtschaftsstadt Hamburg – Innovation und Nachhaltigkeit für eine starke Zukunft**

Hamburg ist das wirtschaftliche Herz Norddeutschlands und eine der bedeutendsten Metropolen Europas. Unser Ziel ist es, die Wirtschaftskraft unserer Stadt zu sichern und nachhaltig auszubauen. Dabei setzen wir auf Innovation, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit, um Hamburg zukunftsfähig zu machen und allen Menschen Perspektiven zu bieten.

Unsere Vision für Hamburgs Wirtschaft:

Wir möchten Hamburg als Wirtschaftsstandort stärken und gleichzeitig die Weichen für eine klimaneutrale und gerechte Wirtschaft stellen. Eine starke Wirtschaft, die Umwelt und Gesellschaft gleichermaßen berücksichtigt, ist die Grundlage für Wohlstand und Lebensqualität in unserer Stadt.

Unsere Maßnahmen für eine starke Hamburger Wirtschaft:

1. Förderung von Innovation und Zukunftsbranchen:

- Ausbau von Förderprogrammen für Forschung und Entwicklung in Schlüsselindustrien wie IT, erneuerbare Energien, Biotechnologie und nachhaltige Logistik.
- Unterstützung von Start-ups und kleinen Unternehmen durch vereinfachte Bürokratie, Finanzierungsprogramme und Zugang zu Netzwerken.

2. Klimaschutz als Wirtschaftsmotor:

- Investitionen in grüne Technologien und den Ausbau klimafreundlicher Infrastruktur.
- Förderung nachhaltiger Unternehmen und Projekte, die Arbeitsplätze schaffen und gleichzeitig den CO₂-Ausstoß reduzieren.

3. Hafen Hamburg: Modernisierung und Nachhaltigkeit:

- Ausbau des Hamburger Hafens als Innovationshub für nachhaltige Logistik und erneuerbare Energien.
- Förderung von klimaneutralen Transportlösungen und Digitalisierung der Hafeninfrastruktur.

4. Bildung und Fachkräfte für die Wirtschaft:

- Stärkung der dualen Ausbildung und gezielte Förderung von Weiterbildungsprogrammen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.
- Kooperationen zwischen Schulen, Hochschulen und Unternehmen, um junge Menschen frühzeitig für technische und naturwissenschaftliche Berufe zu begeistern.

5. Unterstützung für lokale Unternehmen:

- Förderung des regionalen Handels und der lokalen Wirtschaft durch Auftragsvergaben, Netzwerke und Infrastrukturprogramme.
- Einführung eines Hamburger Mittelstandsfonds, um kleine und mittelständische Unternehmen in Krisenzeiten zu unterstützen.

6. Faire Arbeit und soziale Gerechtigkeit:

- Einführung eines Hamburger Mindestlohns oberhalb des Bundesniveaus für öffentliche Aufträge.
- Maßnahmen zur Bekämpfung von prekärer Beschäftigung und Förderung tarifgebundener Arbeitsplätze.

7. Digitalisierung vorantreiben:

- Ausbau der digitalen Infrastruktur in der gesamten Stadt, einschließlich schneller Internetverbindungen für alle Unternehmen und Haushalte.
- Förderung der Digitalisierung in der Verwaltung, um Unternehmen Bürokratie abzunehmen.

6. Gesundheitsreform für Hamburg

6.1 Flächendeckende medizinische Versorgung in allen Stadtteilen

- **Mehr Haus- und Fachärzt*innen:** Förderung von Niederlassungen in unterversorgten Stadtteilen durch finanzielle Anreize und unbürokratische Verfahren.
- **Gesundheitszentren in jedem Bezirk:** Aufbau moderner Versorgungszentren, die Haus- und Fachärzt*innen sowie Therapieangebote unter einem Dach vereinen.
- **Stärkung der Notfallversorgung:** Verbesserung der Kapazitäten in Hamburger Kliniken und Ausbau des Rettungsdienstes, um Wartezeiten zu verkürzen.

6.2 Attraktive Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen

- **Faire Bezahlung und bessere Arbeitszeiten:** Einführung eines Hamburger Gesundheitsfonds, um Pflegekräfte und Ärzt*innen fairer zu entlohnen und Überstunden abzubauen.
- **Mehr Ausbildungsplätze:** Ausbau der Kapazitäten an Hamburger Pflege- und Medizinschulen, um mehr Nachwuchs für das Gesundheitswesen zu gewinnen.
- **Förderung von Pflegekräften:** Unterstützung durch bezahlbare Weiterbildungen und Zuschüsse für Pflegekräfte, die sich spezialisieren möchten.

6.3 Gesundheit für Kinder und Jugendliche

- **Schulgesundheitsprogramme:** Einführung regelmäßiger Vorsorgeuntersuchungen und Aufklärungskampagnen zu Ernährung, Bewegung und psychischer Gesundheit an Hamburger Schulen.
- **Psychologische Unterstützung:** Aufbau von schulnahen Therapie- und Beratungsstellen für Kinder und Jugendliche mit psychischen Belastungen.
- **Gesundes Mittagessen:** Sicherstellung, dass alle Schulen und Kitas gesunde, regionale und kostenfreie Mahlzeiten anbieten.

6.4 Digitalisierung des Hamburger Gesundheitssystems

- **Digitale Gesundheitskarte:** Einführung einer Gesundheitskarte für Hamburger*innen, um Behandlungen zu erleichtern und unnötige Bürokratie abzubauen.
- **Telemedizin für alle:** Ausbau von telemedizinischen Angeboten, besonders für ältere Menschen und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen.
- **Digitales Krankenhausnetzwerk:** Vernetzung aller Hamburger Kliniken für einen besseren Informationsaustausch und effizientere Behandlungen.

6.5 Nachhaltigkeit im Hamburger Gesundheitswesen

- **Klimaneutrale Krankenhäuser:** Förderung der energetischen Sanierung und nachhaltigen Beschaffung in allen Hamburger Gesundheitseinrichtungen.
- **Grüne Stadtteile – gesunde Menschen:** Ausbau von Grünflächen und Sportmöglichkeiten in allen Stadtteilen, um präventiv zur Gesundheit beizutragen.
- **Umweltfreundliche Medikamentenentsorgung:** Einführung eines stadtweiten Systems zur sicheren und nachhaltigen Entsorgung von Arzneimitteln.

7. Demokratie stärken in Hamburg

7.1 Bürgerbeteiligung stärken

- **Bürgerforen in allen Bezirken:** Regelmäßige öffentliche Versammlungen, bei denen Bürger*innen ihre Anliegen direkt mit der Politik diskutieren können.
- **Digitale Bürgerplattform:** Aufbau eines zentralen Online-Portals, auf dem Hamburger*innen Vorschläge einbringen, Petitionen starten und sich über Entscheidungen informieren können.
- **Beteiligung von Jugendlichen:** Einrichtung eines Jugendparlaments, das Vorschläge für die Hamburger Bürgerschaft ausarbeitet und die Perspektive der jungen Generation einbringt.
- **Absenkung der Unterschriftenhürden:** Reduzierung der notwendigen Unterschriften für Volksinitiativen und Volksbegehren, um mehr Themen für die direkte Abstimmung zugänglich zu machen.
- **Verlängerung der Fristen:** Bürger*innen sollen mehr Zeit erhalten, um die erforderlichen Unterschriften zu sammeln.
- **Digitale Unterschriftensammlung:** Einführung eines sicheren Online-Systems, mit dem Bürger*innen bequem von zu Hause aus Initiativen unterstützen können.
- **Ausweitung der Themenbereiche:** Zulassung von Volksentscheiden zu wichtigen politischen Fragen wie Klimaschutz, Mobilität, Stadtentwicklung und Bildung.
- **Keine Ausschlüsse bei zentralen Fragen:** Wir setzen uns dafür ein, dass auch finanzpolitische und sozialpolitische Themen durch Volksentscheide entschieden werden können.
- **Beteiligung bei Großprojekten:** Vor der Umsetzung großer städtebaulicher oder infrastruktureller Projekte soll die Hamburger Bevölkerung gefragt werden.

7.2 Transparenz und Vertrauen fördern

- **Offene Daten für alle:** Ausbau des Hamburger Transparenzportals, damit alle Bürger*innen Zugang zu öffentlichen Daten und Entscheidungen haben.
- **Verpflichtende Lobbyregister:** Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters für alle politischen Entscheidungsträger*innen, um Einflussnahme offen zu legen.

- **Bürgerfreundliche Kommunikation:** Vereinfachung von Behördensprache und mehrsprachige Bereitstellung politischer Informationen, um Barrieren abzubauen.
- **Unabhängige Informationskampagnen:** Bereitstellung neutraler Informationen zu den Themen von Volksentscheiden, damit Bürger*innen fundierte Entscheidungen treffen können.
- **Bürgerforen vor Abstimmungen:** Einrichtung von Diskussionsplattformen, auf denen Hamburger*innen ihre Meinungen zu den Themen austauschen können.
- **Kostenfreie Informationen:** Alle Haushalte sollen vor einer Abstimmung verständliche und umfassende Broschüren erhalten.

7.3 Politische Bildung ausbauen

- **Demokratie in der Schule:** Einführung fächerübergreifender Projekte zur politischen Bildung in allen Hamburger Schulen.
- **Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen:** Finanzielle Unterstützung für Vereine und Projekte, die sich für Demokratie, Toleranz und Menschenrechte einsetzen.
- **Demokratietage in Hamburg:** Durchführung von jährlichen Veranstaltungen in allen Stadtteilen, um Bürger*innen über demokratische Prozesse zu informieren und sie aktiv einzubinden.

7.4 Teilhabe für alle ermöglichen

- **Barrierefreiheit in der Politik:** Sicherstellung, dass alle öffentlichen Einrichtungen und Veranstaltungen für Menschen mit Behinderung zugänglich sind.
- **Mehrsprachige Demokratie:** Bereitstellung politischer Informationen in den häufigsten in Hamburg gesprochenen Sprachen, um Migrant*innen stärker einzubinden.
- **Wahlrecht für alle Hamburger*innen:** Einsatz auf Bundesebene für ein Wahlrecht unabhängig von der Staatsbürgerschaft, um alle Menschen, die dauerhaft in Hamburg leben, politisch zu beteiligen.

7.5 Wehrhafte Demokratie fördern

- **Konsequentes Vorgehen gegen Extremismus:** Ausbau der Präventionsarbeit gegen Rechtsradikalismus, Antisemitismus und andere Formen des Extremismus in Hamburg.
- **Stärkung der Zivilgesellschaft:** Förderung von Programmen, die Bürger*innen ermutigen, sich aktiv gegen Diskriminierung und Hetze einzusetzen.
- **Schutz von Politikerinnen und Aktivistinnen:** Einrichtung einer Beratungsstelle für Personen, die von Hass und Gewalt bedroht sind, um sie zu schützen und zu unterstützen.
- **Kein Raum für antidemokratische Agitation:** Volksentscheide dürfen nicht genutzt werden, um diskriminierende oder verfassungswidrige Ziele zu verfolgen.

- **Demokratische Prinzipien stärken:** Sicherstellung, dass die direkte Demokratie im Einklang mit den Grundrechten aller Bürger*innen steht.

7.6 Für eine gerechte und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Polizei und Gesellschaft

- **Unabhängige Beschwerdestelle:** Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle, bei der Bürger*innen Vorfälle von Polizeigewalt anonym und ohne bürokratische Hürden melden können.
- **Externe Untersuchungen:** Unabhängige Stellen sollen mögliche Fälle von Polizeigewalt untersuchen, um Neutralität und Gerechtigkeit sicherzustellen.
- **Regelmäßige Berichterstattung:** Veröffentlichung eines jährlichen Berichts über gemeldete Fälle von Polizeigewalt, Maßnahmen und Ergebnisse von Ermittlungen.
- **Kamerapflicht bei Einsätzen:** Einführung von Bodycams für alle Polizeikräfte bei Einsätzen, um das Verhalten aller Beteiligten zu dokumentieren und Transparenz zu gewährleisten.
- **Datenschutz gewährleisten:** Strenge Regelungen für die Speicherung und Nutzung der Aufnahmen, um Persönlichkeitsrechte zu schützen.
- **Auswertung durch unabhängige Stellen:** Zugriff auf Bodycam-Aufnahmen ausschließlich durch unabhängige Ermittlungsbehörden bei Verdacht auf Polizeigewalt.
- **Diversität in der Polizei:** Förderung von Bewerbungen aus allen Teilen der Gesellschaft, um eine diverse Polizeistruktur zu schaffen, die die Vielfalt Hamburgs widerspiegelt.
- **Nulltoleranz bei Übergriffen:** Klare Sanktionen für Polizeikräfte, die sich rechtswidrig verhalten, einschließlich Disziplinarverfahren und Entlassungen bei wiederholten Verstößen.
- **Schutz vor Rassismus und Diskriminierung:** Einführung einer Antidiskriminierungskommission, die Vorwürfe gegen die Polizei prüft und Maßnahmen zur Prävention entwickelt.
- **Förderung der Polizeikultur:** Ausbau von Programmen, die ein respektvolles und rechtsstaatliches Handeln der Polizei fördern und belohnen.

7.7 Lückenlose Aufarbeitung der NSU-Verbrechen

- **Unabhängiger Untersuchungsausschuss:** Einrichtung eines Untersuchungsausschusses in Hamburg, um die Verbindungen des NSU nach Hamburg und mögliche Fehler von Behörden vollständig aufzuklären.
- **Offenlegung von Akten:** Verpflichtung, alle relevanten Akten zu NSU-Verbindungen in Hamburg offenzulegen, um Transparenz und Vertrauen herzustellen.
- **Unterstützung der Opfer und Angehörigen:** Direkte Einbindung von Betroffenen und Angehörigen in die Aufklärung und Entscheidungsprozesse.

- **Rechtsextreme Strukturen zerschlagen:** Verstärkte Überwachung und Bekämpfung rechtsextremer Gruppen und ihrer Netzwerke in Hamburg.
- **Prüfung von Behördenversagen:** Untersuchung, ob es Verstrickungen oder Nachlässigkeiten von Hamburger Behörden im Zusammenhang mit rechtsextremen Aktivitäten gab.
- **Verbot rechtsextremer Vereine:** Konsequentes Vorgehen gegen Vereine und Organisationen, die den Rechtsextremismus fördern.
- **Aufarbeitung der NSU-Verbrechen im Unterricht:** Aufnahme der NSU-Geschichte und ihrer Folgen in den Lehrplan an Hamburger Schulen, um Schüler*innen für die Gefahren von Rassismus und Rechtsextremismus zu sensibilisieren.
- **Förderung von Erinnerungsarbeit:** Unterstützung von Projekten, die das Gedenken an die Opfer des NSU wachhalten und die Öffentlichkeit über die Hintergründe informieren.

7.8 Für eine Demokratie ohne Geheimdienste: Transparenz statt Intransparenz – Verfassungsschutz durch eine neue Institution ersetzen

- **Unabhängige Beobachtungsstelle für Demokratie:** Schaffung einer transparenten und zivilgesellschaftlich verankerten Beobachtungsstelle, die sich auf die Analyse extremistischer Bedrohungen konzentriert.
- **Abschaffung nachrichtendienstlicher Mittel:** Die neue Institution wird ohne verdeckte Überwachung, V-Leute oder ähnliche Praktiken arbeiten, die Grundrechte verletzen können.
- **Kooperation statt Geheimhaltung:** Enge Zusammenarbeit mit Wissenschaft, zivilgesellschaftlichen Initiativen und Sicherheitsbehörden, um demokratische Werte zu schützen.
- **Parlamentarische Aufsicht stärken:** Die neue Institution wird direkt der Hamburger Bürgerschaft unterstellt und regelmäßig über ihre Arbeit Bericht erstatten.
- **Einbindung der Zivilgesellschaft:** Schaffung eines Beirats mit Vertreter*innen aus Menschenrechtsorganisationen, Wissenschaft und Gesellschaft, der die Arbeit kritisch begleitet.
- **Offenlegung von Erkenntnissen:** Alle relevanten Berichte und Analysen werden öffentlich zugänglich gemacht, um Transparenz und Vertrauen zu fördern.
- **Unabhängige Beschwerdestelle:** Einrichtung einer Anlaufstelle, bei der Menschen, die sich durch Maßnahmen oder Analysen betroffen fühlen, Unterstützung und rechtlichen Beistand erhalten können.
- **Keine Diskriminierung:** Sicherstellung, dass keine Bevölkerungsgruppen pauschal überwacht oder stigmatisiert werden.
- **Rehabilitierung bei Fehltritten:** Mechanismen zur Korrektur von Fehleinschätzungen, um das Vertrauen der Bürger*innen zu stärken.

7.9 Keine Einschränkung der Grundrechte durch Staatsräson

Wir stehen für den Schutz und die Wahrung der Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger. In Zeiten von Krisen und Herausforderungen darf es keine Kompromisse bei den fundamentalen Rechten geben, die unsere Demokratie und unsere Gesellschaft prägen. Hier sind die Gründe, warum wir uns entschieden gegen die Einschränkung der Grundrechte durch eine willkürlich definierte Staatsräson oder sonstigen willkürlich Vorwänden aussprechen:

- **Unantastbarkeit der Grundrechte:** Die Grundrechte sind das Fundament unserer Demokratie. Sie garantieren die Freiheit, die Würde und die Gleichheit aller Menschen. Jede Einschränkung dieser Rechte muss kritisch hinterfragt werden, denn sie gefährdet die Basis unserer Gesellschaft.
- **Transparenz und Kontrolle:** In Zeiten, in denen der Staat auf Sicherheitsbedenken verweist, ist es umso wichtiger, dass Entscheidungen transparent getroffen werden. Wir fordern klare Kriterien und eine unabhängige Kontrolle, um sicherzustellen, dass Grundrechte nicht willkürlich eingeschränkt werden.
- **Verhältnismäßigkeit:** Jede Maßnahme, die zur Einschränkung von Grundrechten führt, muss verhältnismäßig sein. Wir setzen uns dafür ein, dass nur in absoluten Ausnahmefällen und unter strengen Auflagen in die Grundrechte eingegriffen wird. Die Freiheit des Einzelnen darf nicht leichtfertig zugunsten von Staatsräson geopfert werden.
- **Bürgerbeteiligung:** Die Bürgerinnen und Bürger müssen in Entscheidungsprozesse einbezogen werden, wenn es um die Einschränkung ihrer Rechte geht. Wir fordern mehr Mitspracherecht und eine stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft, um sicherzustellen, dass die Stimme des Volkes gehört wird.
- **Schutz der Minderheiten:** Besonders in Krisenzeiten sind oft die Schwächsten in unserer Gesellschaft von Einschränkungen betroffen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Rechte von Minderheiten und benachteiligten Gruppen besonders geschützt werden und nicht unter dem Vorwand der Staatsräson leiden.

7.10 Hamburg als Vorbild für Demokratie

- **Innovative Ansätze:** Erprobung neuer Formen der politischen Partizipation, wie Bürger*innenräte oder digitale Abstimmungen, um mehr Menschen einzubinden.
- **Internationale Zusammenarbeit:** Aufbau von Partnerschaften mit anderen Städten weltweit, um den Austausch über demokratische Praktiken zu fördern.
- **Hamburg erklärt Demokratie:** Schaffung eines stadtweiten Programms, das Bürger*innen über die Geschichte und Funktionsweise unserer Demokratie informiert.

8. Islamfeindlichkeit in Hamburg entschieden bekämpfen und Respekt vor allen Religionen

Hamburg ist eine Stadt der Vielfalt und des gegenseitigen Respekts. Dennoch sehen sich viele Menschen muslimischen Glaubens auch hier mit Vorurteilen, Diskriminierung und Anfeindungen konfrontiert. Islamophobie hat in unserer Gesellschaft keinen Platz. Wir setzen uns aktiv dafür ein, Hass, Hetze und Diskriminierung gegen Muslime zu bekämpfen und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

8.1 Staatsvertrag mit muslimischen Gemeinden in Hamburg ausbauen

Der Staatsvertrag zwischen Hamburg und den muslimischen Gemeinden ist ein wegweisendes Beispiel für gelebte Religionsfreiheit und einen respektvollen Dialog zwischen Staat und Religionsgemeinschaften. Wir setzen uns dafür ein, diesen Vertrag weiter auszubauen und die Zusammenarbeit mit den muslimischen Gemeinden in unserer Stadt zu stärken.

Muslime sind ein integraler Bestandteil Hamburgs. Sie leisten durch ihr gesellschaftliches, kulturelles und wirtschaftliches Engagement einen wesentlichen Beitrag zum Zusammenleben in unserer Stadt. Der Ausbau des Staatsvertrags ist ein wichtiges Signal für gegenseitiges Vertrauen, Chancengleichheit und die Anerkennung muslimischer Gemeinschaften als Teil unserer pluralistischen Gesellschaft.

- **Erweiterung des Dialogs:** Regelmäßige Konsultationen mit muslimischen Organisationen, um aktuelle Herausforderungen und Bedürfnisse besser zu verstehen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln.
- **Förderung religiöser Vielfalt:** Unterstützung muslimischer Gemeinden bei der Umsetzung von Projekten in den Bereichen Bildung, Kultur und Integration.
- **Sichtbare Anerkennung:** Stärkere Einbindung muslimischer Vertreter*innen in städtische Gremien und Entscheidungsprozesse.
- **Religiöse Feiertage anerkennen:** Prüfung der Möglichkeit, wichtige muslimische Feiertage stärker in der öffentlichen Wahrnehmung zu verankern.
- **Prävention und Aufklärung fördern:** Ausbau von Bildungsprojekten zur Förderung von Toleranz und der Vermittlung eines positiven Islambildes in der Gesellschaft.

8.2 Richtige und differenzierte Aufklärung über den Islam in Hamburg fördern

Hamburg ist eine Stadt der kulturellen und religiösen Vielfalt. Dennoch gibt es häufig Vorurteile und Missverständnisse über den Islam, die den sozialen Zusammenhalt gefährden. Wir setzen uns für eine

fundierte und differenzierte Aufklärung über den Islam ein, um Vorurteile abzubauen und ein harmonisches Miteinander zu fördern.

Der Islam ist eine Religion mit einer langen Geschichte und vielfältigen Ausprägungen. In Hamburg leben zahlreiche Muslime, die aktiv zum gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben beitragen. Es ist unsere Aufgabe, Bildung und Aufklärung zu nutzen, um die Werte von Toleranz, Respekt und gegenseitigem Verständnis zu stärken.

Unsere Maßnahmen:

- **Islam in den Lehrplänen:** Förderung von interreligiöser Bildung an Schulen, um ein korrektes und ausgewogenes Bild des Islam zu vermitteln. Dies umfasst auch Besuche von Moscheen und interreligiöse Projekte.
- **Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer:** Schulungen für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte, um sie für Themen rund um den Islam und kulturelle Vielfalt zu sensibilisieren.
- **Aufklärungskampagnen:** Durchführung von stadtweiten Kampagnen, die die Vielfalt und die positiven Beiträge muslimischer Gemeinschaften in Hamburg sichtbar machen.
- **Dialogräume schaffen:** Unterstützung von Begegnungsprojekten zwischen muslimischen und nicht-muslimischen Bürger*innen, um den Austausch zu fördern und Vorurteile abzubauen.
- **Fake News und Islamfeindlichkeit bekämpfen:** Maßnahmen zur Aufklärung über Desinformation und islamfeindliche Narrative, insbesondere in sozialen Medien.

8.3 Räume der Stille in Hamburg einrichten

Räume der Stille bieten allen Menschen – unabhängig von ihrer Religion oder Weltanschauung – die Möglichkeit, für einen Moment innezuhalten, zu beten, zu meditieren oder sich einfach zurückzuziehen. Sie sind Orte der Begegnung und des Respekts, die die Werte von Toleranz und gegenseitigem Verständnis stärken.

Unsere Maßnahmen:

- **Einrichtung von Räumen der Stille an öffentlichen Orten:** Schaffung solcher Räume in öffentlichen Gebäuden wie Rathäusern, Universitäten, Schulen, Behörden, Krankenhäusern, Flughäfen und Bahnhöfen.
- **Anreize für Einrichtung von Räumen der Stille in der Privatwirtschaft:** Schaffung solcher Räume in Gebäuden wie Einkaufszentren, Massenveranstaltungen, Messen und ähnlichem.
- **Barrierefreie und neutrale Gestaltung:** Die Räume werden neutral gestaltet, sodass sie allen Menschen offenstehen, unabhängig von ihrer religiösen oder spirituellen Ausrichtung.
- **Zusammenarbeit mit verschiedenen Gemeinschaften:** Einbindung von religiösen und säkularen Organisationen bei der Planung und Umsetzung, um sicherzustellen, dass die Räume allen Bedürfnissen gerecht werden.
- **Förderung von Achtsamkeit und Respekt:** Begleitende Aufklärungskampagnen, die die Bedeutung solcher Orte in einer multikulturellen Gesellschaft vermitteln.

8.4 Schutz von Gotteshäusern in Hamburg gewährleisten

Hamburg ist eine Stadt der religiösen Vielfalt, in der Kirchen, Moscheen, Synagogen und andere Gotteshäuser wichtige Orte des Glaubens, der Gemeinschaft und der kulturellen Identität darstellen. Diese Orte verdienen unseren besonderen Schutz, damit sich alle Gläubigen sicher fühlen und ihre Religion frei ausüben können.

Angriffe auf Gotteshäuser, sei es durch Vandalismus, Hassbotschaften oder andere Formen von Gewalt, sind ein Angriff auf die Religionsfreiheit und das friedliche Miteinander in unserer Gesellschaft. Wir stehen entschieden für den Schutz dieser Einrichtungen ein und setzen uns für konkrete Maßnahmen ein.

Unsere Vorschläge:

- **Erhöhung der Sicherheitsmaßnahmen:** Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Sicherheitskonzepte an Gotteshäusern, wie beispielsweise Kameras, Beleuchtung oder Sicherheitspersonal.
- **Zusammenarbeit mit religiösen Gemeinschaften:** Regelmäßiger Dialog mit religiösen Einrichtungen, um individuelle Bedürfnisse und Herausforderungen im Bereich der Sicherheit zu identifizieren.
- **Bekämpfung von Hasskriminalität:** Stärkere rechtliche und polizeiliche Maßnahmen gegen Angriffe auf Gotteshäuser und strafrechtliche Verfolgung von Hassverbrechen.
- **Präventionsarbeit in der Gesellschaft:** Förderung von Bildungsprogrammen und Kampagnen, die das Bewusstsein für die Bedeutung religiöser Vielfalt und Toleranz stärken.
- **Notfall-Hotline und Unterstützung:** Einrichtung einer zentralen Meldestelle, an die sich Gotteshäuser im Falle von Bedrohungen oder Angriffen wenden können, um schnelle Unterstützung zu erhalten.
- **Sichtbarer Schutz bei besonderen Anlässen:** Bereitstellung von Polizeipräsenz bei religiösen Feiertagen und Veranstaltungen, um die Sicherheit der Gläubigen zu gewährleisten.

8.5 Wiedereröffnung der Blauen Moschee und Schutz der Gotteshäuser vor unangemessenen behördlichen Maßnahmen

Religionsfreiheit ist ein Grundrecht, das wir in Hamburg aktiv schützen und fördern wollen. Gotteshäuser wie Kirchen, Moscheen, Synagogen und Tempel sind nicht nur Orte des Glaubens, sondern auch Zentren des sozialen Lebens und der kulturellen Identität. Deshalb ist es unser Ziel, diese Einrichtungen vor unangemessenen behördlichen Eingriffen und Maßnahmen zu schützen, solange sie im Einklang mit den Gesetzen stehen.

Es ist wichtig, dass Behörden mit Respekt und Sensibilität gegenüber religiösen Gemeinschaften handeln und deren Anliegen verstehen. Ein diskriminierungsfreier und partnerschaftlicher Umgang ist essenziell, um das Vertrauen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften zu stärken.

Unsere Maßnahmen:

- **Wiedereröffnung der zu Unrecht geschlossenen Blauen Moschee!**
- **Klare und transparente Richtlinien:** Einführung von Richtlinien, die sicherstellen, dass behördliche Maßnahmen gegenüber Gotteshäusern stets verhältnismäßig, rechtlich begründet und transparent sind.
- **Dialog statt Konfrontation:** Förderung eines kontinuierlichen Dialogs zwischen Behörden und religiösen Gemeinschaften, um Konflikte frühzeitig zu erkennen und einvernehmliche Lösungen zu finden.
- **Vermeidung von Diskriminierung:** Sicherstellung, dass religiöse Einrichtungen unabhängig von ihrer Größe, Herkunft oder Konfession gleichbehandelt werden. Keine Glaubensgemeinschaft darf durch behördliche Entscheidungen benachteiligt werden.
- **Rechtliche Unterstützung:** Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle, an die sich Gotteshäuser bei Konflikten mit Behörden wenden können, um ihre Rechte durchzusetzen.
- **Prüfung von Auflagen und Verordnungen:** Regelmäßige Überprüfung von bau- und genehmigungsrechtlichen Vorgaben, um sicherzustellen, dass sie nicht unangemessen oder diskriminierend sind.

9. Migration und Flucht

9.1 Migration und Flucht durch Frieden verhindern

Migration ist oft das Ergebnis von Konflikten, Armut und Perspektivlosigkeit. Wir setzen uns dafür ein, die Ursachen von Migration an der Wurzel zu bekämpfen und Frieden als zentrale Lösung zu fördern. Hier sind die wesentlichen Punkte, warum wir Frieden als Schlüssel zur Migrationsverhinderung betrachten:

- **Friedenssicherung und Konfliktprävention:** Wir fordern eine aktive Außenpolitik, die auf Friedenssicherung und Konfliktprävention abzielt. Wir lehnen jegliche Waffenlieferungen in Kriegsgebiete ab und auch jegliche Beteiligungen an Kriegsgeschehen. Ebenso lehnen wir die Finanzierung von Kriegen ab, deren einziger Nutzen es ist, dass es noch mehr Tote und noch mehr geflüchtete gibt.
- **Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Perspektiven:** Statt Steuergelder endlos in Waffen und Kriegsfinanzierung zu stecken, müssen wir die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern verbessern. Wir setzen uns für eine verstärkte Entwicklungshilfe ein, die gezielt in Bildung, Infrastruktur und wirtschaftliche Entwicklung investiert. Wenn Menschen in ihren Heimatländern Perspektiven finden, sinkt der Druck zur Migration.
- **Förderung von Menschenrechten:** Der Schutz der Menschenrechte ist ein Grundpfeiler für Frieden und Stabilität. Wir setzen uns dafür ein, dass die internationale Gemeinschaft Menschenrechtsverletzungen konsequent verfolgt und die Rechte von Minderheiten und gefährdeten Gruppen schützt. Nur in einem Umfeld, in dem die Menschenrechte geachtet werden, können Frieden und Sicherheit gedeihen. Deshalb sind alle Urteile der internationalen Gerichtshöfe anzuerkennen und konsequent durchzusetzen. Alle Beteiligten an Kriegsverbrechen müssen konsequent verfolgt und verurteilt werden.

- **Internationale Zusammenarbeit:** Migration ist ein globales Thema, das internationale Lösungen erfordert. Wir fordern eine verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Ländern und internationalen Organisationen, um gemeinsam an Lösungen zu arbeiten, die Frieden und Stabilität fördern. Nur durch gemeinsame Anstrengungen können wir die Ursachen von Migration nachhaltig bekämpfen. Der Fokus liegt hier an der Gemeinsamkeit. Wir lehnen jegliche Fremdsteuerung und Bevormundung durch andere Länder wie die USA ab.
- **Aufklärung und Sensibilisierung:** Wir möchten das Bewusstsein für die Ursachen von Migration schärfen und die Öffentlichkeit über die Zusammenhänge zwischen Frieden, Entwicklung und Migration informieren. Aufklärung ist der erste Schritt, um Vorurteile abzubauen und ein besseres Verständnis für die Herausforderungen zu schaffen, mit denen Menschen in Krisenregionen konfrontiert sind.

9.2 Sach- statt Geldleistungen für Geflüchtete – Fairness und Effizienz im Fokus

Die Unterstützung von Geflüchteten in Hamburg ist eine zentrale Aufgabe, die verantwortungsvoll und transparent gestaltet werden muss. Wir setzen uns dafür ein, dass die Grundversorgung von Geflüchteten verstärkt durch Sachleistungen sichergestellt wird, um einerseits den tatsächlichen Bedarf zu decken und andererseits Missbrauch vorzubeugen.

Sachleistungen bieten eine zielgerichtete Unterstützung, die sicherstellt, dass Geflüchtete die notwendigen Ressourcen wie Unterkunft, Nahrung, Kleidung und Hygieneartikel erhalten. Gleichzeitig wird gewährleistet, dass öffentliche Mittel effizient und zweckgebunden eingesetzt werden.

Unsere Maßnahmen:

- **Umstellung auf Sachleistungen:** Einführung von Sachleistungen in Bereichen wie Lebensmittelversorgung, Kleidung und grundlegenden Haushaltsartikeln, um die Grundversorgung sicherzustellen.
- **Gutscheinsystem für spezielle Bedürfnisse:** Einführung eines Gutscheinsystems, das es Geflüchteten ermöglicht, individuelle Bedürfnisse wie Medikamente, Bildung oder Mobilität abzudecken.
- **Transparente Verfahren:** Sicherstellung, dass die Vergabe von Sachleistungen nachvollziehbar und fair erfolgt, um eine Diskriminierung zu vermeiden.
- **Lokale Wirtschaft unterstützen:** Zusammenarbeit mit lokalen Betrieben und Anbietern, um die Verteilung von Sachleistungen zu organisieren und gleichzeitig die regionale Wirtschaft zu stärken.
- **Bedarfsorientierte Versorgung:** Regelmäßige Evaluation der ausgegebenen Sachleistungen, um sicherzustellen, dass diese dem tatsächlichen Bedarf der Geflüchteten entsprechen.
- **Reduzierung von Bürokratie:** Optimierung der Prozesse bei der Sachmittelvergabe, um eine schnelle und unbürokratische Unterstützung sicherzustellen.

Wir möchten mit einem sachleistungs-basierten Ansatz ein System schaffen, das nicht nur den Geflüchteten zugutekommt, sondern auch die Akzeptanz in der Gesellschaft stärkt. Unser Ziel ist eine faire und nachhaltige Unterstützung, die gleichzeitig Vertrauen schafft und den Zusammenhalt fördert.

9.3 Nachhaltiges und menschenwürdiges Konzept zur Unterbringung von Geflüchteten in Hamburg

Hamburg steht für Solidarität, Menschlichkeit und Integration. Die Unterbringung von Geflüchteten ist eine zentrale Aufgabe, die mit Weitsicht und Respekt für die Würde jedes Einzelnen gestaltet werden muss. Wir setzen uns für ein nachhaltiges, dezentrales und integratives Konzept ein, das Geflüchteten nicht nur ein Dach über dem Kopf bietet, sondern ihnen auch eine echte Perspektive ermöglicht.

Unsere Maßnahmen für eine menschenwürdige Unterbringung:

- **Dezentrale Unterbringung fördern:** Vermehrte Nutzung kleinerer Wohneinheiten in Wohngebieten statt großer Sammelunterkünfte, um die Integration der Geflüchteten in die Nachbarschaft zu erleichtern.
- **Standards für Unterkünfte verbessern:** Sicherstellung, dass alle Unterkünfte den Bedürfnissen der Geflüchteten entsprechen, einschließlich privater Rückzugsräume, Sanitäranlagen und ausreichender Sozialräume.
- **Soziale Betreuung und Unterstützung:** Bereitstellung von Sozialarbeiterinnen, Psychologinnen und Dolmetscher*innen in Unterkünften, um Geflüchteten bei der Bewältigung ihrer Herausforderungen zu helfen.
- **Bildung und Integration vor Ort:** Zugang zu Sprachkursen, Bildungsangeboten und beruflicher Orientierung direkt in oder nahe den Unterkünften, um den Weg in die Gesellschaft zu ebnen.
- **Beteiligung der Nachbarschaft:** Förderung des Dialogs zwischen Geflüchteten und den Anwohner*innen, um Vorurteile abzubauen und das Miteinander zu stärken. Dies kann durch Begegnungsprojekte, Kulturveranstaltungen und lokale Initiativen geschehen.
- **Energieeffiziente Unterkünfte bauen:** Neubau von Unterkünften nach modernen, nachhaltigen Standards, die den Anforderungen an Klimaschutz und Ressourcenschonung entsprechen.
- **Langfristige Perspektiven schaffen:** Unterstützung bei der Suche nach eigenem Wohnraum und Förderung von Wohnungsbauprojekten, die sowohl Geflüchteten als auch anderen einkommensschwachen Gruppen zugutekommen.

Unser Ziel ist ein Hamburg, das Geflüchteten nicht nur Schutz, sondern auch eine echte Chance auf ein neues Leben bietet. Eine menschenwürdige Unterbringung ist der erste Schritt auf dem Weg zu einer erfolgreichen Integration und einem respektvollen Miteinander.